

DKP-Informationen

Nr. 6/2015 - 16. Dezember 2015

21. Parteitag der DKP, 1. Teil

**14./15. November 2015
Frankfurt am Main**

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

21. Parteitag der DKP

14./15. November 2015

Haus der Jugend

Deuschherrnufer 12, 60594 Frankfurt am Main

Inhalt

1. Tagesordnung
2. Referat
Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
3. Wahlergebnisse
4. Beschlüsse

21. Parteitag der DKP

14./15. November 2015

Haus der Jugend

Deutschherrnufer 12, 60594 Frankfurt am Main

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
 - Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
 - Wahl der Parteitagsleitung
 - Beschlussfassung über die Tagesordnung und den Zeitplan
 - Beschlussfassung über die Arbeitsgremien des Parteitages
 - Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - Bestätigung der Antragskommission
 - Wahl der Wahlkommission
3. Referat an den Parteitag
Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
4. Berichte der Revisions- und ggf. Schiedskommission
5. Diskussion zum Referat
6. Diskussion zu den Berichten
 - Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes
 - Finanzbericht
 - Bericht der Revisionskommission
7. Bericht der Mandatsprüfungskommission
8. Diskussion und Beschlussfassung der Anträge des Parteivorstandes:
Leitantrag und Handlungsorientierung
9. Entlastung des Parteivorstandes und des Kassierers
10. Wahlen
 - Beschlussfassung über die Wahlordnung des Parteitages
 - Wahl der/des Parteivorsitzenden bzw. der Sprecherin oder des Sprechers
 - Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
(Alternativ: Wahl von Sprecherinnen und Sprechern)
 - Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes
 - Wahl der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission
 - Wahl der Mitglieder der Zentralen Schiedskommission
11. Bericht der Wahlkommission
12. Beratung und Beschlussfassung über
 - Anträge und Entschlüsse
13. Schlusswort

21. Parteitag der DKP

14./15. November 2015

Haus der Jugend

Deutschherrnufer 12, 60594 Frankfurt am Main

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.)

Referat an den 21. Parteitag

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es brennt. Sprichwörtlich, wenn nach Pegida in Dresden und Erfurt nun der AfD, die selbst ihr Mitbegründer, Großkapitalist Henkel als NPD-light bezeichnet, in Berlin eine Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern gelingt, sie laut Umfragen bei neun Prozent liegt. Es brennt, tagtäglich Flüchtlingsunterkünfte, tagtäglich Anschläge. Es brennt sprichwörtlich, wenn wir die Plakate sehen, die verbrecherisch mit „Krisenherde löscht Du nicht mit Abwarten und Teetrinken – mach was wirklich zählt“ für das Mordhandwerk der Bundeswehr werben. Es brennt real bei Auslandseinsätzen und Rüstungsexporten, die Zahl der weltweiten Kriegsherde lässt sich kaum mehr bestimmen. Die Bevölkerung ganzer Kontinente wird abgehängt. Abgehängt meint Hunger, Elend, keinerlei Zugang zu Gesundheitswesen, Bildung und Kultur. Nichts deutet auf Verbesserung, alles auf Verschärfung. Die Anzahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Hunger, Perspektivlosigkeit fliehen, hat sich auf 60 Millionen erhöht, das ist die höchste Zahl in der bekannten Geschichte der Menschheit – für diese Menschen ist es eine Form eines weltweiten Krieges, die sie zur Aufgabe von kärglichen Hab und Gut, von Heimat, Familie und Freunden zwingt.

Einige Kriegsherde:

In Syrien wurde die Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung durch eine imperialistische Allianz um den US-Imperialismus ausgenutzt, um die territoriale Integrität des Landes zu unterhöhlen und den ungeliebten, weil nicht völlig nach der Pfeife der Imperialisten tanzenden, Assad zu stürzen. Regionalmächte, wie die Türkei, Saudi-Arabien und Katar witterten ihre Chance, finanzierten auch als Waffe gegen die unterdrückten Kurden, den IS. Nun empört man sich, dass Russland genauso militärisch eingreift, wie die USA es seit langem tun. Völkerrechtlich ignoriert man den Unterschied, dass Russland von der legitimen syrischen

Regierung gebeten wurde. Unsere Haltung dazu: Wir sind sicher, dass sich die Situation militärisch nicht lösen lässt, die Gefahr der Ausweitung eines Flächenbrands, die Gefahr, dass es zu einer militärischen Konfrontation zwischen den USA und Russland oder zwischen Russland und der Türkei kommt ist riesig. Trotzdem, die Aggression ging von den westlichen Imperialisten aus und die Situation ist nicht zu lösen ohne die Wiederherstellung der territorialen Integrität Syriens.

Ähnliche die Situation im Irak. Viele Menschen haben das leider vergessen. Genauso in Libyen. Angebliche Massenvernichtungswaffen, die nie gefunden wurden, Massaker an der Zivilbevölkerung, die nie bewiesen wurden, sind die Grundlage für militärisches Eingreifen westlicher Imperialisten in unterschiedlichen Koalitionen. Völkerrecht wird gebeugt und gebrochen, das Recht ist das Recht der Mächtigen. Staatliche Souveränität wird ausgehöhlt, beliebtes Mittel Flugverbotszonen, natürlich immer aus humanitären Gründen. In Israel und Palästina, der Gazastreifen ein Massengefängnis, Israels Politik inhuman und völkerrechtswidrig – wer das kritisiert, der ist doch nicht antisemitisch, wer das nicht kritisiert, der ist kein Humanist – ein Gruß den Genossinnen und Genossen in Palästina und Israel.

Und der deutsche Imperialismus – friedlich? In Libyen nicht dabei, im Irak zurückhaltend und in Syrien lediglich den Fuß in der Tür, wenn auch mit Patriot-Raketen in der Türkei. Zu solchem Ergebnis kann nur kommen, wer blauäugig an die Prozesse herangeht. Staatmonopolistischer Kapitalismus, Imperialismus ist aber komplex, durchzogen von unterschiedlichen Konkurrenzen, von Interessengegensätzen von Monopolen und Monopolgruppen auf multinationaler, transnationaler und nationaler Ebene. Die Staaten sind die ideellen Gesamtkapitalisten, damit aber eben auch Instrumente zum Ausgleich unterschiedlicher Interessen

von Kapitalfraktionen, genauso, wie dies auch überstaatliche Institutionen sind. Und das wiederum führt zu einheitlichen und widersprüchlichen Interessen unterschiedlicher Imperialismen und zu unterschiedlichen Formen diese Interessen durchzusetzen. Das führt dazu, dass in Libyen der britische, französische und US-Imperialismus auf die aggressivste Karte setzen, während in den Anfängen des Konflikts in der Ukraine und der Instrumentalisierung dieses Konflikts zur Einkreisung Russlands sich der deutsche Imperialismus mit dem US-Imperialismus darin abwechselten, wer den aggressiveren Part spielte. Das führte zu Widersprüchen im Monopolkapital. Spürbar als Siemens-Chef Kaeser medial abgeschwärtet wurde, weil er Putin besuchte. Beim Interessenausgleich der unterschiedlichen Fraktionen unterlag diese Fraktion, auch, weil der Staat als ideeller Gesamtkapitalist eine relative Selbstständigkeit entfaltet und der deutsche Imperialismus seine Vormachtstellung in der EU festigen musste. Schnell anerkannte diese Kapitalfraktion dies, das wird verborgen hinter dem verschleiern Satz vom „Primat der Politik“.

Diese Unterschiede muss man analysieren und beachten. Sie sind wichtig. Natürlich ist das weniger militärische Agieren für die Völker, für die Arbeiterklasse besser als die direkte militärische Aggression. Niemals darf man sich aber deshalb dazu verleiten lassen, die Friedensfähigkeit oder gar die Friedlichkeit eines oder gar des Imperialismus zu konstatieren. Diese Illusion hat zu dramatischen Niederlagen der Arbeiterbewegung beigetragen, auch zu der von 89/90.

Was den deutschen Imperialismus angeht so geht er eigentlich recht offen damit um. Bestes Beispiel ist der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Er wurde offen als „Verteidigung unserer Freiheit am Hindukusch“, sprich der Interessen des deutschen Monopolkapitals propagiert und auch die Auswertung wird von intellektuellen Köpfen der herrschenden Klasse nicht geheim gehalten. Carlo Masala, Professor an der Bundeswehr-Uni in München schreibt: „Obwohl die Mission an sich als gescheitert gelten kann, das Land alles andere als stabil ist, die Gefahr eines langanhaltenden Bürgerkriegs fortbesteht und man mit einer erneuten Machtübernahme durch die Taliban rechnen muss,“ war der Einsatz ein Erfolg, da, die Bundeswehr sich von einer „Armee der Territorialverteidigung und des robusten Peacekeeping zu einer Einsatzarmee weiterentwickelt (habe), die heute das gesamte Spektrum militärischer Aufgaben einschließlich des Gefechts abdecken und ausüben kann.“ Und heute? Unmenschliche Überlegungen,

Teile von Afghanistan als „sicheres Drittland“ zu definieren.

Ja, die Beteiligung am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien, begonnen ebenfalls mit einer Lüge, war die Pflicht und Afghanistan war die Kür auf dem Weg zu einem Imperialismus, der Führungsansprüche stellen kann.

Die Gefahr, dass laufende kriegerische Auseinandersetzungen eskalieren ist riesig. Die Hauptgefahren sind drei Tendenzen:

* der Versuch der westlichen Imperialismen den aufstrebenden kapitalistischen Konkurrenten Russland militärisch einzukreisen.

* der Versuch die ökonomisch aufstrebende VR China einzukreisen.

* die, die ausbeuterischen Weltwirtschaftsverhältnisse zementierende Abschottungspolitik, wie sie unter anderem mit den Freihandelsabkommen TTIP und CETA betrieben wird.

Nicht vergessen sollten wir dabei, dass zum kapitalistischen Krisenzyklus immer auch der Krieg als Form der Vernichtung von Überkapazitäten und Überakkumulation gehört.

Je mehr sich Konkurrenzsituationen mit ökonomischen Problemstellungen ergänzen, je mehr dann noch Erscheinungen wie Nationalismus und Standortlogik zusammenkommen, je weiter Fremdenfeindlichkeit zum Ausspielen der Ausgebeuteten benutzt wird, ein Klima entsteht, in dem Militarismus, Nationalismus und Faschismus gedeihen, desto größer wird die Gefahr.

Ein Brandherd war und ist die Ukraine. Die Aggression ging vom US-Imperialismus und der EU unter Führung des deutschen Imperialismus aus. Die große Koalition, mit dem Sozialdemokraten Steinmeier als Vorreiter, machte Faschisten hoffähig, um eine Regierung in der Ukraine an die Macht zu putschen, die die Assoziierungspläne an die EU und NATO realisieren sollte. Der Wettlauf zwischen US-Imperialismus und EU beinhaltete gemeinsame Interessen, die Einkreisung Russlands und den Gegensatz, wer von beiden den entscheidenden Einfluss in der Ukraine haben würde. Das und nichts anderes führte zur scheinbar friedlichen Rolle Merkels bei Minsk 2.

Dabei machen wir uns auch keine Illusionen über die Rolle Russlands. Russland ist ein kapitalistischer Staat und die Putin-Regierung der ideelle Gesamtkapitalist des russischen Kapitals. Die NATO-Osterweiterung ist aber der Angriff starker, führender imperialistischer Staaten auf schwächere Konkurrenten, ist eine der Hauptgefahren für den Frieden. Das ist der

Hintergrund für eine derzeitige Interessensidentität der russischen Interessen mit denen der Friedenskräfte. Keineswegs ist deshalb Russland per se zur Friedensmacht geworden.

Es ist ermutigend, dass es den Herrschenden, trotz Russophobie und medialer Hetze nach wie vor nicht gelungen ist, das Massenbewusstsein auf den aggressiven Kurs einzustimmen.

Es ist gleichzeitig beunruhigend, dass es der Friedensbewegung kaum gelingt dieses Massenbewusstsein in Massenaktionen umzusetzen. Die große inhaltliche Problematik scheint mir zu sein, dass es der Friedensbewegung gelingen muss, die Antikriegspositionen mit Strategien, Orientierungen und Positionen zu vereinen, die die Perspektivängste breiter Massen aufgreifen und deutlich machen, dass die Abwehr von Kriegsgefahr, der Kampf gegen Rüstungsausgaben und Rüstungsexporte auch Schlüssel für Erfolge in den sozialen Kämpfen darstellen.

Ein Problem stellen die Auseinandersetzungen in der Friedensbewegung dar. Wir haben uns mehrfach auf PV-Tagungen sowohl mit der Kriegsgefahr im Allgemeinen, als auch mit diesen Auseinandersetzungen befasst. Wir bleiben dabei, es geht im Friedenskampf um breiteste mögliche Bündnisse bis hinein ins konservative Lager. Ein Bruchpunkt ist es aber, wenn der Friedenswille von Menschen instrumentalisiert wird, um im innerimperialistischen Konkurrenzkampf die Interessen des deutschen Imperialismus zu verteidigen. Deshalb kann es für uns keine Gemeinsamkeiten mit Kräften um Elsässer und sein Magazin Campact, mit Nationalisten und Rassisten und auch nicht mit Kräften die bewusst zu solchen Kräften hin aufmachen, geben.

Unterschiede zwischen Kapitalfraktionen, zwischen Imperialisten nicht zu erkennen, wäre fahrlässig. Das gilt auch für Unterschiede zwischen führenden imperialistischen Ausbeuternationen und kapitalistischen Ländern, die nach wie vor der Ausbeutung ihrer Arbeiterklasse dienen, aber gleichzeitig durch die starken imperialistischen Länder zusätzlich ausgeblutet werden. Aus dieser Komplexität der Widersprüche ergeben sich Chancen für das Ausbrechen aus dem Kapitalismus und für das Überleben sozialistischer Länder unter einem ungünstigen Kräfteverhältnis. Das hat Lenin, das hat die junge Sowjetunion demonstriert, das wurde deutlich als es gelang die Antihitlerkoalition mit Imperialisten in Großbritannien, Frankreich und den USA zu schmieden, das zeigt die Entwicklung von Kuba. Darum ist es

richtig, wenn wir im Leitantrag die Tendenz zu einer Multipolarität benennen und auch die bisherige Entwicklung der BRICS-Staaten wichtig einschätzen. Damit schüren wir keine Illusionen und das dürfen wir auch nicht, wie die Illusionen zeigen, die sich viele Linke, bis hinein in unsere Partei über die EU gemacht haben.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat in aller Deutlichkeit gezeigt, die EU hat nichts zu tun mit der Herausbildung einer neuen Form eines einheitlichen Staates als zwingendes Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte. Nein sie ist eine heutige Form der Koalition kapitalistischer Staaten, am Anfang mit dem Hauptcharakter Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums und Bollwerk gegen den europäischen Sozialismus, dann als Koalition des Imperialismus in Europa in seiner Widersprüchlichkeit zu den anderen beiden imperialistischen Zentren, den USA und Japan. Damit wurde sie aber gleichzeitig immer stärker zu einem Hebel, mit dem die führenden europäischen Imperialismen sich ein Hinterland schufen und dieses Hinterland instrumentalisieren und ausbluteten. Die in der EU vereinten ökonomischen Ungleichheiten wurden genutzt, um die führenden Imperialismen, allen voran den deutschen Imperialismus zu stärken, sie werden genutzt, um die Konkurrenz der Arbeitenden zu intensivieren.

Die EU ist ein imperialistisches Konstrukt, natürlich muss auch die EU-Ebene genutzt werden um Reformkämpfe und Abwehrkämpfe zu führen. Natürlich gibt es eine Tendenz Angriffe mit Hilfe von EU-Institutionen durchzusetzen. Natürlich können Abwehr- und Reformkämpfe auch auf EU-Ebene Erfolge erringen, es ist richtig auch hier Widersprüche auszunützen. Das wird ja momentan auch im wichtigen Gerichtsverfahren um den sogenannten „wilden“ Streik bei Daimler in Bremen probiert. Aber: das alles hat nicht mit der Illusion zu tun, dass die EU in ihrer Gesamtheit fortschrittlich reformierbar wäre, wenn man zu angeblichen humanistischen Wurzeln der EU, die sie nie hatte, zurückkehrt. Für den Fortschritt der Völker wird diese EU überwunden werden müssen. Darunter ist das nicht zu haben. Das ist eine andere Nuancierung wie sie in einer gewissen Widersprüchlichkeit, in unserem Programm von 2006 formuliert ist. Weil wir seit damals auch neue Erfahrungen gemacht haben. Wir haben den Krisenzyklus seit 2008 erlebt, wir haben gesehen, wie der deutsche Imperialismus sich mit der Agenda 2010 vorbereitet und dieses Land, im Verhältnis zu seiner Produktivität zu einem Niedriglohnland gemacht hat. Wir sahen, wie auf dieser Basis die sogenann-

te deutsche „Exportwalze“ die Ökonomie, die Völker vor allem der südlichen Peripherie der EU ausgeblutet hat. Wir erlebten das aggressive Agieren in der Ukraine und wie das Mittelmeer mit der Abschottung der EU zum

Liebe Genossinnen und Genossen,

60 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Nur wenige hunderttausend sind bislang nach Deutschland gekommen. Aber, wie so oft, bringen neue Situationen Widersprüche deutlicher zu Tage und werden von den Herrschenden ausgenutzt, um ihre Macht zu festigen und die Ausgebeuteten gegeneinander auszuspielen.

Seit Jahren liegt der soziale Wohnungsbau brach, wird Wohnen immer mehr zum Spekulationsobjekt. Dann kommen Flüchtlinge, nicht der Leerstand an Wohnungen wird beschlagnahmt, nein sie werden menschenunwürdig, z.B. in Turnhallen oder Zelten auf Sportplätzen untergebracht, damit werden neue soziale Probleme produziert, soziale Brennpunkte entfacht. Menschen sind bereit selbstlos eine Willkommen Kultur herzustellen, mit der man sich im Ausland brüstet, aber eine Willkommens-Infrastruktur fehlt, wie unser Genosse Arno Grieger es formulierte. Den Stammtisch bringt man dazu die Wut über die sozialen Probleme auf die Flüchtlinge zu richten. Medien und Politik bringt man dazu eine Aushöhlung des eigentlich bereits abgeschafften Asylrechts quasi ohne Widerspruch hinzunehmen und die Flüchtlinge selbst werden, wo dies möglich ist, politisch instrumentalisiert, indem eine reaktionäre Truppe, die sich natürlich „Adobe a Revolution“ nennt feststellt, dass sie nicht vor dem Krieg, sondern vor Assad fliehen. Tatsächlich muss man anerkennen, dass der Imperialismus es oft schafft, Problem, die er selbst verursacht zu seiner Herrschaftssicherung zu nutzen. Anders herum muss man aber auch sagen, dass die Kriege, die Katastrophe der erzwungenen Massenflucht von Menschen Beleg dafür sind, dass es sich um ein faulendes Gesellschaftssystem handelt und dass wir es nicht nur mit einer Krise des Kapitalismus, sondern mit der Allgemeinen Krise dieses Systems zu tun haben.

Die Charakterisierung der Krise, wie wir sie im Beschluss des 20. Parteitags „Antworten der DKP auf die Krise“ vorgenommen haben, hat sich bestätigt. Wir formulierten: „Die aktuelle Krise ist eine strukturelle Krise des Kapitalismus. Ihre Ursachen liegen nicht in Fehlern oder im Missmanagement einiger Akteure sondern sind begründet im Wesen des Kapitalismus und seiner inneren Widersprüche. Die

Friedhof wurde und, nicht zuletzt, wir erlebten, wie in Griechenland die Illusionen, nicht nur vieler Griechen zerplatzten, dass es einen Ausweg innerhalb dieser EU geben könne.

Krise zeigt sich als besonders heftige zyklische Überproduktionskrise und findet ihren Ausdruck in Wirtschaft, Politik, Kultur - in allen Bereichen der bürgerlichen Gesellschaft. Als chronische Überakkumulationskrise hat sie zu einer Verschiebung von Kapital zu Gunsten der Finanzwirtschaft und zu einem deutlichen Ausbau ihrer Internationalisierung geführt.“ Es ist eine Krise, die umfassend ist, Ökonomie, Politik, Ideologie, sie umfasst alle Lebensbereiche und sie bedroht mit Kriegen, Umweltzerstörung, Flüchtlingskatastrophe das Leben von Milliarden Menschen, das Überleben der Gattung. Sie hat Ursachen, in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und im imperialistischen Stadium des Kapitalismus.

Wenn wir sagen, dass dieser Kapitalismus faulend und parasitär ist, dann keineswegs mit der Vorstellung, dass seine Beseitigung dadurch einfacher würde – eher ist das Gegenteil der Fall und es gilt, dass er bei 300 % Profit kein Verbrechen scheut, selbst bei dem Risiko Konzerne, Ökonomien, Länder, Koalitionen von Ländern in den Abgrund zu reißen, Barbarei zu verursachen. Das Risiko kühn macht, beweist der VW-Skandal, musste doch allen Beteiligten klar sein, dass das rauskommen würde, dass das Milliarden kosten würde, aber die berühmte Frage wann und wer es zahlt. Das haben wir doch schon mit Banken und schon mit den Ökonomien von Staaten erlebt, dass eine Pleite einer Bank ja nicht die Pleite der Eigentümer und die Pleite eines Staates nicht die Pleite der dort herrschenden Klasse bedeutet.

Natürlich kommt der Ökonomie und vor allem den Produktionsverhältnissen dabei eine Basisfunktion zu. Deshalb ist es notwendig die aktuelle Situation der kapitalistischen Krise zu betrachten. Festzuhalten ist:

- Die Krise ist nicht zu Ende, weder global, noch in Europa oder der EU.
- Die Krise hat kaum Überkapazitäten abgebaut das Problem der Überakkumulation nicht geschwächt.
- Das Problem der ökonomischen Ungleichgewichte wurde durch die unterschiedlichen Versuche die Krise zu überwinden eher noch verstärkt. Die USA setzten auf das Gelddrucken,

sie nahmen dadurch mit dem Dollar als noch vorherrschender Weltwährung viele andere Ökonomien mit in Haftung. Die EU setzte unter deutscher Führung und gegen manchen internen Widerstand auf Kahlschlag und Sparen und riss damit bewusst die eigene Peripherie tiefer in die Krise.

- In der VR China geht das Wachstum zurück, damit aber auch die Exportchancen für die USA und Deutschland, dessen Ökonomie sich, nach dem Kahlschlag in der EU-Peripherie stärker auf Exporte außerhalb der EU richtet.

Vieles spricht dafür, dass die nächste Crash-Phase nicht lange auf sich warten lässt. Manches deutet auf eine beginnende Rezession, das Ende des „Sonderwegs“ hin. Welche Ausmaße? Schwer zu sagen. Hatten wir es 2001 bei der Dotcom-Blase mit einer Krise zu tun, die einen großen Teil der IT-Branche und angelagerte Bereiche traf, ging es in der zweiten Etappe um die Finanz- und Immobilienwirtschaft in den imperialistischen Zentren und die Phase nach 2008 betraf schon die kompletten Ökonomien von Staaten. Und die Spekulation geht fleißig weiter.

Sicher können wir nur sagen, dass auch die übernationalen Mittel, die der Kapitalismus entwickelt, die Dimension der Krisen nur erhöht. Dazu gehören auch die Freihandelsabkommen, wie TTIP und CETA, mit denen die Kapitalien derzeit versuchen ihre Überkapazitäten und ihre Überakkumulation zu verarbeiten.

Warren Buffet, einer der 5 reichsten Männer der Welt, sagte dazu bereits 2006: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt und wir gewinnen.“ Das wäre die Barbarei oder das Ende der Menschheit. Rosa Luxemburg hatte recht: „Sozialismus oder Barbarei“, das ist die Alternative, auch und erst recht heute.

Alle Argumente gegen TTIP und CETA stimmen. Mit aller Kraft muss versucht werden, diese Angriffe auf die Demokratie, die Arbeiter- und Verbraucherrechte, den Umweltschutz, diese Abschottung nach außen zu verhindern. Schlimmer noch, wir müssen uns darauf einstellen, so, wie die EU zum Gemetzel der führenden Imperialisten gegenüber den schwachen Ökonomien wurde, so, wie die EU den Kampfplatz für die Konkurrenz der Kapitalien bereitete, so werden dies auch diese Abkommen tun. Damit werden sie eine neue Runde

der Spekulation und des ökonomischen Krieges einleiten, die Folgen werden die Völker, die Massen, die nationalen Abteilungen der Arbeiterklasse tragen.

Auch hier ist es entscheidend, dass wir uns mit dem Wesen der Prozesse beschäftigen. Und Basis ist die Entwicklung der Produktivkräfte. Hier haben wir in der vergangenen Periode einige Schritte getan, eine Tagung des Parteivorstands beschäftigte sich mit dieser Thematik, zur Gewerkschaftspolitik führten wir eine Konferenz durch, die Kommission des Parteivorstands arbeitet kontinuierlich. Trotzdem müssen wir wohl noch tiefer analysieren. Wir müssen erarbeiten was die Grundtendenzen sind. Die Gewerkschaften, viele Institute, auch viele Vertreter der Kapitaleseite sprechen von einer neuen, grundsätzlichen Qualität und benutzen Ausdrücke, wie Industrie 4.0. Als Wesen wird oft benannt, dass die Digitalisierung der Kernprozess sei. Hier sind zumindest Zweifel angebracht, da die fortschreitende Digitalisierung nun schon seit den 80iger Jahren des vorherigen Jahrhunderts eine vorherrschende Entwicklung ist und es sowohl entlang der Prozesse von Forschung und Entwicklung, der Produktion, dem Handel und der Verwaltung schon länger keinen Prozess mehr gibt, der nicht wesentlich oder vollständig mit Mitteln der Informationstechnologie gesteuert oder mindestens unterstützt wird.

Meines Erachtens ist neu und setzt sich derzeit durch, dass Inseln, die sich in dieser Entwicklung gebildet haben mehr und mehr in eine durchgängige Architektur der Informationstechnologie integriert werden, die das, was die Herrschenden „Wertschöpfungskette“ nennen immer einheitlicher durchdringt. Zweitens werden dabei Grenzen zwischen Lieferanten, Produzenten, Handel und Endkunden überwunden, allerdings nicht die begleitenden Machtstrukturen. Dies führt durchaus zur Stärkung der Macht der Monopole und zur Verschärfung der Situation nichtmonopolistischer Teile des Kapitals. Drittens wird der Verbraucher immer gläserner. Viertens ermöglicht dies grundlegende Veränderungen in den Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnissen. Unter den herrschenden Produktionsverhältnissen heißt das Leiharbeit, Scheinselbständigkeit, Werkverträge, Prekarisierung.

Das alles sind sehr weitreichende Prozesse und sie verändern sehr viel, manches Wortgeklingel soll aber dabei auch verwirren und vom Wesen ablenken. Das gilt z.B. für das Wort Wertschöpfungskette, so einfach es klingt, so anschaulich es sich anhört, es lenkt davon ab, dass die Bildung von Werten und Mehrwert

nach wie vor ein Ergebnis von menschlicher Arbeit bzw. von vergegenständlichter menschlicher Arbeit, also von Maschinen, Computern etc. ist. Und es lenkt davon ab, dass, wenn wir zu recht viel mehr über die Entwicklung der Produktivkräfte reden müssen, wir vor allem auch über die Stellung der Produktivkraft Mensch in den Produktionsverhältnissen reden müssen.

Die neuen technischen Möglichkeiten führen unter den herrschenden Produktionsverhältnissen zu weitreichenden Möglichkeiten der Umorganisation der Prozesse von Forschung und Entwicklung über Produktion, Produktionsplanung, Logistik, Handel etc. In ganz neuer Qualität werden Risiken und Kosten auf die Arbeitenden, die kleinen Zulieferer, und über den Staat auf die Steuerzahler zu verlagern. Das ist der eigentliche Hintergrund für Leiharbeit und Werkverträge, für Just-in-time Zulieferung,

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir uns hier den Entwurf des Leitantrags ansehen, so bleibe ich dabei, dass wir die Kernentwicklungen richtig analysieren und auch die strategischen Ableitungen zu Recht vornehmen. Ja, wir stehen vor einer Situation, dass Kriegsgefahr, Rechtsentwicklung und Ausbeutung zunehmen. Wir müssen konstatieren, dass die Arbeiterbewegung darauf schlecht vorbereitet ist und wir darauf dringend eine antimonopolistische Antwort geben müssen, die heute auf jeden Fall die Verstärkung des Friedenskampfes, des antimilitaristischen Kampfes und des antifaschistischen Kampfes umfassen muss.

Dabei muss uns klar sein, dass diese „schlechte Vorbereitung“ der Arbeiterbewegung sich keinesfalls auf moralische Faktoren oder gar auf Verfehlungen einzelner Führungen reduzieren lässt. Nein, wir haben in Deutschland durchaus eine historische und eine strukturelle Problematik, die sich durch die Entwicklung der Produktivkräfte in der imperialistischen Phase des Kapitalismus in Deutschland verschärft.

Ich will einige Faktoren nennen:

- Geschichtlich haben wir es damit zu tun, dass sich in der Arbeiterbewegung Stellvertreterdenken massiv festgesetzt hat. Die Erfahrungen sind doch oft so, dass die Kerngruppen der Arbeiterklasse, also vor allem die unbefristet Beschäftigten der Großkonzerne scheinbar gut fahren,

die die Lagerkosten auf die Autobahnen und einen Teil des Risikos an Zulieferer oder Logistiker verlagert. Der Widerspruch: Oft ist bzw. kann der Mensch tatsächlich schon als Wächter und Regulator neben den Prozess der Produktion treten, allerdings tritt er unter den Bedingungen der hochentwickelten kapitalistischen Produktion dann ins Prekariat, in ungeschützte Verhältnisse, in die Arbeitslosigkeit oder ersäuft als Flüchtling im Mittelmeer. Meiner Meinung nach bietet uns diese Situation eigentlich große Chancen der Agitation, Propaganda und antimonopolistischer Bündnispolitik – sie beinhaltet heute aber auch das Problem, das selbst die gewerkschaftliche Debatte zwar die Entwicklung der Produktionsmittel beinhaltet, bei der Diskussion über die Produktivkräfte, die Produktivkraft Mensch oft aber keine Rolle spielt und erst recht nicht die Beziehung zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkraftentwicklung.

wenn sie die Wahrnehmung ihrer Interessen an die Betriebsräte und die Gewerkschaftsapparate delegieren. Das massenhafte, eigenständige Agieren und Kämpfen wird mehr als Ritual wahrgenommen. Die Hoffnung auf eine angebliche „Sozialpartnerschaft“ wird immer wieder genährt. Selbst wenn der Kapitalismus beweist, dass Konkurrenz und Angst vor Profitlosigkeit immer wieder zum Gegenteil des Modeworts Nachhaltigkeit oder gar zu Verbrechen führen, sind die Schuldigen ein paar Bänker oder blöde Manager. Die gute Familie aus Besitzer, guten Managern, Betriebsräten und Belegschaft muss das nur korrigieren. Das drückt sich doch im T-Shirt mit den Logos von VW, IG-Metall und der Aufschrift „eine Familie“ aus.

- Die Fokussierung der Gewerkschaftsbewegung auf diese Kerngruppen, die fast schon traditionelle Haltung die an Arbeitslosigkeit selbst schuld zu sein, die Vervielfältigung der Aufspaltung und die Verschärfung der Drohung mit existenzieller Not durch Agenda 2010 und Hartz-Gesetze führen dazu, dass die Ausgegrenzten sich ausgrenzen lassen und kaum Widerstand organisiert wird. Ein immenser Druckfaktor auf alle Teile der Arbeiterklasse. Dies wird dadurch

verschärft, dass der heranwachsende Teil der Klasse eigentlich nur zwei Formen als normal erkennt. Entweder Du bist/wirst Teil der Elite oder Du bist prekär. Es ist sehr ernst zu nehmen, wenn die Genossinnen und Genossen der SDAJ zur Einschätzung kommen: „Prekär ist das neue normal.“

- Das alles bildet sich innerhalb der Gewerkschaftsbewegung historisch und aktuell dadurch ab, dass der Fokus auf den Großbetrieben liegt und dort auf den Betriebsräten. Natürlich kommt den Großbetrieben und ihrer Kampfbereitschaft nach wie vor eine Bedeutung als Flaggschiffe der Arbeiterbewegung zu. Aber die Gewerkschaftsbewegung muss sich an die gesamte Klasse richten auch an die ausgegrenzten Teile um die Funktion der Gewerkschaften, die Konkurrenz unter den Arbeitenden selbst zurückzudrängen, wahrnehmen zu können. Deshalb sind alle Tendenzen den DGB als Dachorganisation noch weiter zu schwächen falsch. Das Gegenteil wäre wichtig. Wir brauchen eine starke gewerkschaftliche Dachorganisation einen starken DGB. Hinter uns liegen mit Verdi und IG Metall die Gewerkschaftstage der zwei größten Einzelgewerkschaften. Beide mit Licht und Schatten. Licht in der Flüchtlingsfrage, darin, dass viele Delegierte beim Verdi-Gewerkschaftstag sich auch in die aktive Auseinandersetzung mit Pegida begaben – Schatten in der teilweise Entpolitisierung, die Friedensfrage spielte bei Verdi kaum eine Rolle. Bei der IG Metall, die Haltung zur Aushöhlung des Streikrechts durch das sogenannte Tarifeinheitsgesetz ein Riesenproblem, genauso, wie die Haltung zum DGB. Licht, der Wiederbeginn, die Intensivierung von Debatten um autonome Interessenvertretung statt Sozialpartnerschaft, um Rüstungskonversion und Arbeitszeitverkürzung – aber sehr am Anfang.

Diese Schwächen der Arbeiterbewegung haben einen unmittelbaren Zusammenhang in der Schwäche der Linken. Die Schwäche der Linken umfasst sowohl eine Schwäche der reformistischen Linken, als auch eine der revolutionären Linken.

Die Schwäche der reformistischen Linken, der Gewerkschaftsbewegung ist wie die Schwäche der revolutionären Linken wesentlich in der Niederlage von 89/90 und der Veränderung des Kräfteverhältnis begründet. Die Existenz eines starken sozialistischen Lagers, die Existenz eines starken Antiiperialismus zwang den Imperialismus seine innerimperialistischen Konkurrenzkämpfe zivilisierter gegenüber seinen Konkurrenten und der Arbeiterklasse auszutragen und in den führenden imperialistischen Ländern auch zu Zugeständnissen an die Arbeiterklasse. Einerseits als Schaufenster gegenüber dem Sozialismus und um zu verhindern, dass schwächer entwickelte Länder auf einen antiimperialistischen oder gar sozialistischen Kurs gehen. Das eröffnete Spielräume für reformistische Politik. Diese sind weg.

In Kombination mit der Wesensart des Reformismus führt dies heute dazu, dass er sich im Wesentlichen über die Abwehr von Verschlechterungen definiert bzw. sich viel Mühe geben muss Hoffnungen auf Gesellschaftsveränderungen in Transformationen unreal zu vernebeln, weil sie sich um die Analyse des Kapitalismus als Gesellschaft der Diktatur des Kapitals herumdrücken. Dass ist es auch, was wir vom Wesen her in Griechenland erlebt haben. Es geht auch dort nicht um ein Moralisieren gegenüber Syriza und Tsipras. Es geht um die Klarheit, dass eine relativ schwache kapitalistische Ökonomie, die Teil eines imperialistischen Konstrukts, der EU ist von seinen imperialistischen Gläubigern und Konkurrenten, von den ideellen Gesamtkapitalisten der führenden imperialistischen Mächten nicht erwarten kann, dass Appelle an die Vernunft zur Aufgabe deren historischen Rolle führen und das ist nun mal eben die Interessenvertretung ihrer Monopolkapitalien.

Und da muss man doch einfach mal sagen, unsere Schwesterpartei, die KKE hatte Recht. Insbesondere der KKE und der PCP in Portugal wünschen wir viel Erfolg. Genossinnen und Genossen Ihr steht mit Euren Parteien an der vordersten Front des Kampfes gegen den vom deutschen Imperialismus und den herrschenden Klassen Eurer Länder praktizierten Klassenkampf von oben. Wir wissen um die Verantwortung der Arbeiterklasse unseres Landes und die mangelnde Solidarität mit Euren Kämpfen. Wir versuchen das zu ändern – hoch die internationale Solidarität.

Diese Krise des Reformismus erleben wir auch in unserem Land ganz praktisch. Es ist zwar Quatsch, wenn auch manche Linke die SPD unter Willy Brandt in rosaroten Farben

malen. Das war sie nicht. Sie war eine Partei des kalten Krieges und sie stand eben auch für Berufsverbote und den Nachrüstungsbeschluss. Sie stand aber eben auch für die Erkenntnis, dass der reale Sozialismus nicht militärisch zu überwinden und die Isolationspolitik gescheitert war, sie stand deswegen für Schaufensterkonzepte und Zerschlagung durch Umarmung. Nach innen machte das Zugeständnisse notwendig und das waren Reformen, die die Lage der Arbeiterklasse zum Teil verbesserten.

Damit war die damalige SPD mit der heutigen in der Tat nicht zu vergleichen. Seit dem Zusammenbruch, der Zerschlagung des Sozialismus in Europa muss man doch bilanzieren, immer dann, wenn das herrschende Kapital meint die Sozialdemokraten in die Verwaltung des Staates einbeziehen zu müssen, geht es um Konterreformen, bei denen zu großer Widerstand befürchtet wird, wenn man nicht vor allem die Gewerkschaften durch diese Einbeziehung der traditionellen Sozialdemokratie neutralisiert. Das war beim entscheidenden Schritt militärisch ein vollwertiger Imperialismus zu werden so, das war beim schärfsten Angriff auf die materielle Perspektivsituation der Arbeiterklasse, bei der Agenda 2010 so. Und das war so, als es um die Rolle der EU, unter deutscher Führung in Gemeinsamkeit und Konkurrenz mit dem US-Imperialismus, beim Einkreisen Russlands durch die Installation einer Putschregierung in der Ukraine ging.

Innenpolitisch versucht die SPD heute alles, um die Gewerkschaften bei der Stange zu halten und gleichzeitig dem Kapital zu signalisieren, wir decken die ganze Breite der Variationen ab. Sozialdemokraten und Unternehmerverbände agitieren gemeinsam für TTIP, Gabriel kann auch mal Pegida umgarnen, da überholt mancher führende Sozialdemokrat in der Flüchtlingsfrage Frau Merkel rechts.

Das alles macht die Gefahr von rechts groß. Es gibt eine neue Qualität. Millionen Menschen in unserem Land fürchten um ihre Perspektive. Der Internationalismus ist nahezu verschüttet worden. Die Standortlogik tief im Bewusstsein großer Teile der Arbeiterklasse ist ein wunderbarer Nährboden für Nationalismus. Ideologisch wird dieser Boden durch Leitkultur und Medien beackert. Zum ersten Mal nach der Befreiung vom Faschismus gelingt es nationalistischen, rassistischen Kräften unter Einschluss von Faschisten mit Pegida Ansätze von Massenbewegung zu entwickeln und gleichzeitig erste Erfahrung mit wahlpolitischen Kräften zu sammeln, die, wie die AfD ein Scharnier zwischen diesen Kräften und der

sogenannten bürgerlichen Mitte bilden. Wir ergänzen diese gefährliche Entwicklung um den massiven stattlichen Demokratieabbau, ich nenne nur Vorratsdatenspeicherung, wir ergänzen um die Spitzelskandale von NSA und BND, wir ergänzen, dass staatliche Institutionen und deren Mitarbeiter sowohl in die Führungen faschistischer Parteien, wie der NPD, tief verstrickt sind und es beim Terror der NSU eine gefährliche Untertreibung wäre davon zu sprechen, dass der Staat, seine Repressionsorgane und Geheimdienste lediglich auf dem rechten Auge blind wäre, dann macht das deutlich: Diese Situation ist brandgefährlich.

Ein Grundproblem ist, dass Linkskräfte der berechtigten Furcht von Millionen um ihre Perspektive kaum eine Alternative bieten. Die Ausgegrenzten, die Menschen, die auch in unserem Land in tiefster Armut leben und das ist eine Massenerscheinung, sie interessieren selbst die organisierte Arbeiterbewegung oft wenig. Sie setzen sich ja nicht zur Wehr und wählen gehen sie auch nicht mehr. Ganze Quartiere lässt man verrotten, während man daneben gentrifiziert, wer sich's nicht leisten kann wird dann eben vertrieben. Sport- und Kultureinrichtungen, soziale Einrichtungen in den armen Stadtteilen, welche Kommune und Stadt hat dafür noch Geld? Aber bis weit in die Linke wird der angebliche Sachzwang der kommunalen Verschuldung, der nichts anderes ist als eine Form der Umverteilung im Klassenkampf, anerkannt.

Das auf kommunaler Ebene zu tun ist dasselbe wie in Griechenland den Sachzwang der Institutionen anzuerkennen.

„Es brennt.“ - So habe ich mein Referat begonnen. Auf der September-Tagung des Parteivorstands haben wir auf eine qualitativ neue bedrohliche Lage hingewiesen: Der Krieg als Mittel zur Durchsetzung der Interessen des Imperialismus wurde auch in Europa wieder endgültig zum Mittel der Politik.

Kann man in einer solchen Situation mehr tun als auf Widerstand und Defensive gegen Kriegsgefahr sowie drohende reaktionäre und faschistische Entwicklung zu orientieren und dagegen zu mobilisieren? Sind nicht zwangsläufig alle Zeichen auf Defensiv- und Abwehrkämpfe zu richten? Und sind nicht die Demonstranten in den Blöcken von DKP und SDAJ auf der Anti-G7- Demonstration in Elmau im vergangenen Juni oder auf der TTIP- Demonstration der 250.000 in Berlin von allen guten Geistern verlassen gewesen, wenn sie laut skandieren „One solution?“ und dann mit

aller Macht das schlimme Wort „Revolution“ rufen?

Am 24. Februar berichtete „Die WELT“ über eine große Studie eines Forscherteams der Freien Universität Berlin, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt worden war. Befragt wurden ca. 1700 Menschen aller Altersgruppen und sozialen Schichten.

Die fette Überschrift des WELT-Artikels lautet: „Jeder fünfte Deutsche will eine linke Revolution.“ Darüber ein buntes Demo-Foto; auf dem auch ein Transparent der DKP mit der Losung „Hände weg von der Ukraine“ gut zu erkennen war. Einige Ergebnisse der Befragung:

- 61% meinen, unsere Demokratie sei keine echte Demokratie, weil die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben;
- 59% im Osten halten Kommunismus/Sozialismus für eine gute Idee;
- 42% meinen, der Sozialismus/Kommunismus sei eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde
- 37% meinen, Kapitalismus führt zwangsläufig zu Kriegen;
- 20% meinen, die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser – wir brauchen eine Revolution.

Wer das liest, muss zunächst glauben, er lebe in einer anderen Welt. Doch wer in Elmau auf der G7 – Demo und in Berlin auf der TTIP-Demo war, der weiß, dass solche Umfrageergebnisse nicht reine Fiktion sind. Sie spiegeln eine vorhandene Stimmung vor allem unter Jugendlichen wider.

Natürlich kann man mit guten Argumenten „mehr Realismus“ fordern. Und gewiss ist der Zweck dieser Veröffentlichung auch gewesen, von der realen Gefahr von rechts abzulenken. Doch die Unzufriedenheit mit der auseinanderklaffende Schere zwischen den Milliarden und Millionären und der Armut und sozialen Verunsicherung auf der anderen Seite führt zu einer immer weiter um sich greifenden Ablehnung des bisherigen Parteiensystems. Das ist derzeit vor allem Wasser auf den Mühlen der Rechten und offenen Faschisten. Aber man muss das Ganze und die Gesamtheit der politischen Stimmungslage überblicken. Ich sehe darin eine Ermutigung dafür, dass wir an unserem Konzept des antimonopolistischen Kampfes, des Kampfes um antimonopolisti-

sche und demokratische Reformen und an unserem Kurs auf einen revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus festhalten. Nein, wir sind keine tagträumende Utopisten. Wir wissen, wenn es uns nicht gelingt, im breiten Bündnis mit den hunderttausenden, ja Millionen von Antifaschisten und Demokraten den Kampf um die Verteidigung von bisher erkämpften sozialen und demokratischen Errungenschaften zu intensivieren, sind alle Wünsche von einem „besseren Leben“ für das werktätige Volk nur Seifenblasen. Doch im Kampf für das „Tee-wasser“, das heute in vielen Regionen immer seltener wird und bitterer schmeckt, weil die Klimakatastrophe und die Umweltzerstörungen es zu einem immer teureren Gut macht, halten wir fest an der Perspektive einer grundsätzlichen Alternative und sprechen wir über die Notwendigkeit und Machbarkeit des Bruchs mit diesem System.

Und nun zur Streitfrage, die bei der Diskussion des Leitantrags am meisten die Diskussion bestimmte, es ist die Frage, ob es richtig ist, dass wir uns als marxistisch-leninistische Partei bezeichnen. Ich beziehe dazu auch Stellung, weil ich quasi der Verursacher bin. Anlass war für mich eine Aussage, die ich für falsch halte, die Aussage, dass die Passage unseres Parteiprogramms, die aussagt, dass unsere ideologischen Grundlagen, die Ideen von Marx, Engels und Lenin sind und dass wir für die freie Verbreitung des Marxismus-Leninismus kämpfen, bedeuten würde, dass wir eben keine marxistisch-leninistische Partei seien.

Da geht es nicht um zwei Worte, da geht es um unsere ideologischen Grundlagen, um unsere Einordnung in die kommunistische Weltbewegung und um die Geschichte der DKP. Warum? Ich fange mit dem letzten an. Für mich war seit ich 1978 in die DKP eingetreten bin klar, dass wir die marxistisch-leninistische Partei der Bundesrepublik sind und dass wir aus Gründen des KPD-Verbotsurteils diese Formulierung in programmatischen Dokumenten nicht benutzen. Das war nicht unwichtig, als sich diese DKP von einer frühen Form der reformistisch/revisionistischen Entwicklung in europäischen, kommunistischen Parteien, vom sogenannten „Eurokommunismus“ abgrenzte. Dieser Abgrenzung haben wir uns nicht zu schämen und ich bin sicher, ohne sie gäbe es uns heute nicht. Ich bin mir sicher, dass dies auch für die zweite notwendige Abgrenzung gilt, für die Auseinandersetzung mit den sogenannten „Erneuerern“. Diese hatte im hohen Maße ideologischen Charakter und es ging zentral um die Frage der Bedeutung Lenins für die Weiterentwicklung der marxistischen Theo-

rie. Dabei ging es nicht um die Person Lenins, sondern um solche Dinge, wie die Analyse des Imperialismus als neues und höchstes Stadium des Kapitalismus, um die Frage der Revolutionstheorie, um die Frage des imperialistischen Staates, um die Frage der Macht und um die Frage der Parteitheorie. Es wundert nicht, dass dies dann z.B. genau die Fragen waren, die beim Übergang von der SED zur PDS die zentralen Fragen der ideologischen Veränderung der SED waren und damit auch für die Fragen, in denen wir uns damals und heute unterscheiden, weil wir eine kommunistische Partei sind und bleiben wollen.

Die Einwände sind zweierlei, einerseits, dass es sich schon immer um eine „stalinistische“ Formulierung gehandelt habe und andererseits, dass das Programm von 2006 die Aufarbeitung der Deformationen, die mit der Konterrevolution von 89/90 zu Tage gekommen wären berücksichtigen würde. Beides halte ich für inhaltlich falsch. Die DKP war nie eine „stalinistische“ Partei. Die DKP stellte sich immer in die gesamte Geschichte der kommunistischen Bewegung, mit ihren Erfolgen, Niederlagen, Fehlern, Deformationen und Verbrechen. Aber die DKP ist nie an die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung herangegangen, in dem sie die Geschichtsschreibung der Herrschenden übernommen hat, sie ist materialistisch-dialektisch herangegangen und sie ist vom Standpunkt der Beherrschten herangegangen. Deswegen ja zur Aufarbeitung unserer Geschichte und Nein zur Reduktion auf Deformationen und Verbrechen.

Was, liebe Genossinnen und Genossen, sollen nun aber die Punkte sein, die nach 89/90 die Begrifflichkeit, dass der „Marxismus-Leninismus die Weltanschauung der Kommunisten ist“, wie es 78 im Programm stand, falsch machten. Die Konterrevolution? Da möchte ich doch mit Ronald M. Schernikau entgegen halten, dass die Dummheit der Kommunisten kein Beweis gegen den Kommunismus ist.

Aus meiner Sicht wird andersherum ein Schuh daraus, die Absage an diese Formulierung reiht uns ein in die Reihe der Parteien, die sich von der Konzeption einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse, von der Konzeption einer kommunistischen Partei mehr oder minder verabschiedet haben. Die Absage an diese Formulierung stünde für eine Absage an die Geschichte unserer eigenen Partei und die Geschichte der SED und der SEW. Und eine Absage an diese Formulierung stünde für eine Absage an unsere Identität, die zu Recht auch darin begründet ist, dass wir den realen Sozialismus in Europa und den Sozialismus in der

DDR als die objektiv größte Errungenschaft der Arbeiterklasse der jeweiligen Länder einschätzen.

Wenn wir uns der Lage unserer Partei zuwenden, so haben wir nichts zu beschönigen, wir sind klein, wir sind nicht flächendeckend kampagnenfähig, wir haben nach wie vor grundsätzliche ideologische Debatten, die sich zu Strömungskämpfen und Fraktionierungen auswachsen, so weit, so schlecht. Gleichzeitig haben wir aber auch Gegentendenzen. Das Selbstbewusstsein der Partei hat zugenommen. Wir verstehen wieder stärker, dass es eine Dialektik von kommunistischer Partei, Aktionseinheits- und Bündnispolitik und fortschrittlicher Bewegung gibt und dass es keinen Grund gibt dabei die kommunistische Partei zu vergessen. Die Partei tritt mehr auf und die Leitungsrbeit orientiert sich stärker daran der Partei bei diesem eigenständigen Auftreten im Bündnis in der Bewegung, auf der Straße zu helfen. Indikatoren dafür sind die Bestellungen für die UZ, und die UZ extra, die Nutzung des Antikriegsinfo, die Materialbestellungen, die Nutzung des UZ-Shops, die gemeinsamen Blocks bei Demos, die ausstrahlenden LL-Veranstaltungen. Wir sind uns wieder sicher, dass wir notwendig sind und wir machen das auch sichtbar – gut so. Natürlich haben wir immer noch ein Problem mit unserer relativen Überalterung. Relativ heißt, wir haben keineswegs zu viele ältere erfahrene Genossen – grandios oft ihr Engagement, ohne Euch würde es nicht gehen, aber wir haben zu wenig mittelalte und junge, um es im Goudamaßstab zu messen. Ein wichtiger Trend vieler Bezirkskonferenzen, der Generationswechsel in der Führungsarbeit läuft und er glückt uns, ein Dank an all die Genossinnen und Genossen die jetzt aus Führungsfunktionen ausscheiden und ein Dank an all die, die in diese großen Fußstapfen treten.

Schritte gegangen sind wir auch in der Intensivierung unserer Bildungsarbeit. Noch zu wenig um die regelmäßige Bildungsarbeit der Gruppen wieder in Gang zu bekommen. Die Gruppen müssen wieder stärker der Ort der Vermittlung und des Diskurs unserer Weltanschauung werden. Deutlich vorangekommen sind wir in der Arbeit unserer Karl-Liebknecht-Schule. Zum ersten Mal mussten wir beim vergangenen Grundlehrgang wieder Teilnahme-wünsche wegen Überfüllung abschlägig bescheiden. Die KL-Schule kommt wieder stärker in den Blick der Partei, das ist gut, ein Ergebnis der Arbeit der Genossen dort und der Arbeit der befreundeten Kulturvereinigung, dafür gebührt Euch Dank. Unsere Schule wird traditionell gut genutzt von der SDAJ – ich sage

Euch, das ist richtig spannend mitzubekommen, wie regelmäßig über 20 junge Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen eine oder meist zwei Wochen verbringen, um in streitbarer Debatte sich die Weltanschauung der Kommunistinnen und Kommunisten, den Marxismus-Leninismus anzueignen.

Auch deshalb gehört zur Lage der Partei zentral und unverzichtbar das Verhältnis zu „unserem“ Jugendverband, zum selbständigen, unabhängigen, revolutionären Jugendverband, zu unseren Freundinnen und Freunden der SDAJ. Genossinnen und Genossen, hier war doch mit dem 20. Parteitag ein Bruch notwendig und wir haben ihn vollzogen – weg von der Herangehensweise an die SDAJ als eine Organisation, unter vielen, zurück zu einer Freundschaft/Kampfgemeinschaft auf Basis der gemeinsamen Weltanschauung, der Übereinstimmung in der Analyse, der Strategie und der Taktik. Das lohnt sich für SDAJ und DKP. Das Festival der Jugend, die Zusammenarbeit beim G7-Gipfel, bei zentralen Terminen und vor Ort – es ist für Beide, und damit für die revolutionäre Bewegung dieses Landes ein Kraftquell, eine Potenzierung der Kräfte.

Liebe Genossinnen und Genossen der SDAJ, liebe Delegierte, die Ihr auch Mitglied der SDAJ seid – danke für die Zusammenarbeit – und so oldschool sich der Spruch anhört: SDAJ und DKP tun den Monopolen weh. In diesem Zusammenhang eine kleine Empfehlung: Wer die SDAJ dauerhaft unterstützen möchte, der kann das gut über den Verein SOJA oder über einen Dauerauftrag an den Parteivorstand machen, weil wir die SDAJ seit längerem darin unterstützen ein kleines Maß an „Hauptamtlichkeit“ nutzen zu können.

Zur Lage der Partei gehört zentral unsere UZ. Sie ist besser geworden. Sie ist Zeitung der ganzen Partei. Unterschiedliche Positionen spiegeln sich wieder und sie ist spannender geworden. Das ist kein ein Selbstläufer, dafür gebührt ein herzlicher Dank der Redaktion und der Chefredakteurin unserer Genossin Nina Hager. Den Rückgang der Abo Zahlen konnten wir noch nicht dauerhaft stoppen, aber mit den neuen Online Abos haben wir die Chance bis zum Pressefest sowohl für die Online- als auch für die Printausgabe in die Offensive zu kommen. Mit UZ-online und dem UZ-Shop haben wir uns auf die neuen Medien eingestellt und wir kommen gut voran. Dafür gebührt der Dank allen beteiligten Genossinnen und Genossen, stellvertretend nenne ich Klaus Leger, Wiljo Heinen, Walter Herbst und Ben Richter.

Ein echtes Problem stellte nach dem 20. Parteitag dar, dass Genossinnen und Genossen, die sich der Opposition zuordneten uns die Internetplattform enteigneten. Bei aller inhaltlicher Debatte muss man sagen, da habt ihr nur Argumente des bürgerlichen Rechts vorgebracht, ansonsten habt ihr das durchgezockt. Das war der Fakt, wir mussten damit umgehen, das haben wir glaube ich gut getan, dank dem Engagement von Sepp, Männer und anderen hatten wir schneller eine Internetplattform, als es zu erwarten war. Sie ist aktuell, streitbar, sie wird genutzt und wahrgenommen. Danke dafür.

Ebenfalls intensiviert haben wir die internationale Zusammenarbeit. Das betrifft die Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Unsere Initiative, gemeinsam mit der Partei der Arbeit Belgiens und der KP Luxemburgs eine Erklärung zum 100. Jahrestag des Beginns des 1. Weltkriegs zu initiieren stieß auf großen Widerhall, die Erklärung wurde letztlich von über 30 Parteien unterzeichnet und bei der Rosa Luxemburg-Konferenz unter großem Beifall vorgestellt. Das betrifft die bilateralen Beziehungen, die es uns ermöglichten, zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus eine gemeinsame Erklärung mit der Französischen Kommunistische Partei, der KP Großbritannien, der KP der USA und der Kommunistische Partei der Russischen Föderation zu veröffentlichen. Und wir haben die Beziehungen, die wir traditionell intensiv gestalten konnten auf hohem Niveau beibehalten, das betrifft z.B. unsere enge Freundschaft mit der kommunistischen Partei des sozialistischen Kuba. An dieser Stelle begrüße ich nochmal den Botschafter der Republik Kuba und den Botschafter der sozialistischen Republik Laos auf unserem Parteitag. Einen großen Schritt vorwärts gekommen sind wir in der Zusammenarbeit der 4 kommunistischen Parteien aus Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und der DKP. Gemeinsam haben wir die inhaltlichen Spektren der jährlichen Konferenzen ausgeweitet. Neu ist die Form diese jährlichen Konferenzen mit einer öffentlichen Aktion zu beginnen – die Demos in Aachen und Groningen gaben Kraft und Mut. Diese Zusammenarbeit strahlt aus, in Europa und darüber hinaus. Nicht vergessen sollten wir unsere Veranstaltung zum 70. Jahrestag der Befreiung und den Beitrag der Russischen Partei. Nicht vergessen sollten wir unsere Soliaktion mit der revolutionären Gewerkschaftsfront PAME, die Beteiligung von 24 Parteien an unserem Pressefest, sowie die vielen bilateralen Besuche und Gespräche. Hier gebührt ein großer Dank der internationalen Kommission und unserem Genossen Günter.

Dies materialisiert sich in der großen Teilnahme von Schwesterparteien an unserem Parteitag.

Nun der Einwand – und warum dann die beobachtende Mitgliedschaft in der Europäischen Linkspartei (ELP) beenden. Ich will beantworten, warum ich dieser Meinung bin. Schicke aber voran, dass dieser Beschluss, falls ihn der Parteitag trifft, nichts aber auch gar nichts damit zu tun hat, dass wir die Zusammenarbeit mit Parteien, die in der ELP sind einstellen wollen. Nein, wir bleiben bei unserer Politik der Beziehungen zu kommunistischen Parteien, wir bleiben bei unserer Aktionseinheits- und Bündnispolitik. Aber bei der ELP geht es um eine Mitgliedschaft, ob beobachtend oder nicht und die bedeutet, ob wir wollen oder nicht, dass wir eben auch mit in einer Reihe stehen, für die Dinge der ELP, die wir nun wirklich nicht mittragen können, ich nenne die unentschiedene und damit letztlich äquidistante Haltung zum Konflikt in der Ukraine, ich nenne die Unterstützung von Organisationen, die in der Gegnerschaft zu unseren Schwesterparteien stehen, wie das z.B. in Portugal, Griechenland und Luxemburg der Fall ist und ich nenne das reale Problem Griechenland auch für die Beurteilung europäischer Politik – Nein, ich stehe nicht auf Seiten der Syriza-Anel-Regierung, die ELP schon. Ich bleibe dabei, wenn ich mit Sozialdemokraten zusammenarbeiten will, was ich will, werde ich nicht bei ihnen Mitglied. Nun höre ich das Argument, du bist doch auch für den Kampf und die Mitgliedschaft in den Einheitsgewerkschaften und, ob wir wollen oder nicht, sie stehen derzeit unter der Hegemonie der Sozialdemokratie. Das stimmt. Das hat mit der Frage der ELP aber gar nichts zu tun. Der Charakter der Gewerkschaften, als der zentralen Organisation zur Interessenvertretung der Arbeiterklasse ist ein völlig anderer, sie sind, trotz aller Sozialpartnerschaft, die „Schulen des Klassenkampfes“ und das mag doch wohl von der ELP keiner behaupten.

Unsere Weltanschauung ist kein Dogma, aber sie ist auch keinesfalls voraussetzungslos. Die Welt lässt sich nicht erkennen, wenn man nicht anerkennt, dass sie Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Die Welt lässt sich nicht verstehen, wenn man negiert, dass es Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung gibt. Gesetzmäßigkeiten heißt aber eben keineswegs Automatismen, sondern die Notwendigkeit, dass ihnen menschliches Handeln zum Durchbruch verhilft. Das macht doch u.a. die kommunistische Partei unverzichtbar und das macht für die kommunistische Partei die Vermittlung der und die Debatte um die Weltanschauung unverzichtbar. Hier haben wir mit

den Marxistischen Blättern einen wichtigen und ausstrahlenden Partner, der in enger Freundschaft mit uns unsere Positionen vermittelt und sich gleichzeitig der Debatte der gesamten Linken annimmt und öffnet. Auch Redaktion und Herausgeberkreis der MB gebührt unser Dank.

Zu den Erfolgen der vergangenen Periode zählt unser Pressefest 2014. Es wäre nicht gegangen ohne das große Engagement der Genossinnen und Genossen in der Pressefestkommission, ich nenne stellvertretend Wera, Uli und Klaus, es wäre aber vor allem nicht gegangen ohne die hundert Helferinnen und Helfer. Seien wir ehrlich, nach dem vorletzten Pressefest waren wir unsicher. Und dann das Pressefest ein Riesenerfolg und die Auseinandersetzungen, sie waren da, aber eigentlich ist die Partei darüber hinweg gegangen. Nicht im Sinne Augen zu und durch, sondern Augen auf, wir registrieren sie, auch die kleinen Provokationen mit Mali- und ELP-Fähnchen da und dort, aber wir machen ein Pressefest, dass der gesamten Partei und der gesamten Linken zeigt, die DKP kann das.

Und diese DKP will auch 2016 ein Pressefest. Wir hatten gesagt, bei einem Spendenaufkommen von 35.000 € kann der Parteitag mit großer Ruhe beschließen. Nun am 9.11. um 10:28 Uhr haben wir diesen Stand erreicht und überschritten, wieviel wir haben verrate ich nicht, das macht Werner später – ein eindeutiges Signal und ein Auftrag für den Parteitag und die neue Führung der Partei. Wir werden dabei versuchen die Dinge, die sich beim letzten Pressefest, auch in ihrer Veränderung bewährt haben, wie der größere Jugendbereich und die stärkere Einbeziehung von Bündnispartnern, weiterzuentwickeln.

Diese DKP wird auch weiter debattieren, um Inhalte ringen und sie wird das auch weiter transparent tun. Die Beschlüsse unseres 21. Parteitags werden keineswegs einen Schlussstrich unter inhaltliche Debatten ziehen und das ist gut so. Ja, wir sind Streitbar und diskussionsfreudig und bleiben das auch. Wenn wir aber Dinge beschlossen haben, dann wollen, werden und müssen wir sie auch gemeinsam umsetzen. Was nicht geht sind mehrere Parteien in einer, was nicht geht ist die Autonomie von Gliederungen.

Das es in Zeiten tiefer Meinungsunterschiede über strategische und über programmatische Fragen auch zur Herausbildung von Strömungen kommen kann, ist wohl meist nicht zu vermeiden. Das Problem beginnt mit der Verfestigung. Eine Strömung wird zur Fraktion,

wenn zur inhaltlichen Plattform eigene Strukturen gebildet werden und sich eine eigene Disziplin entwickelt, die der der Partei entgegensteht oder über ihr steht. Die Tendenz einer Fraktion ist, dass zu den gemeinsamen Inhalten auch das eigene Handeln im Unterschied zu dem der Partei oder im Widerspruch zu den Beschlüssen der Partei kommt. Hier hat unser Statut doch recht, wenn es sagt, dass Kommunistinnen und Kommunisten „die Bildung von Fraktionen, d.h. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen als Gefahr für den Bestand der Partei sehen.“

Ja, diese Gefahren sehe ich, wenn bewusst im Widerspruch zu einem Parteitagbeschluss, das Logo der ELP in der Öffentlichkeitsarbeit verwendet wird, wenn Genossinnen und Genossen, ohne Absprache mit der Partei, ihren Arbeitsschwerpunkt auf den Aufbau einer politischen Organisation außerhalb der Partei legen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir werden heute mit der Beschlussfassung des Leitantrags und der Handlungsorientierung den Rahmen für unser Eingreifen in den nächsten Jahren stecken. Wir schlagen eine Schwerpunktsetzung vor. Dies ist politisch notwendig und soll das verbindende im Handeln der Parteigruppen sein. Und es soll die Voraussetzung für die Stärkung der Partei sein. Wir müssen stärker werden, wir müssen neue Mitglieder gewinnen, wir brauchen junge Mitglieder und wir brauchen eine stärkere Verankerung in der Arbeiterklasse, den Organisa-

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir schlagen vor, die beiden Anträge zum UZ-Pressfest 2016 und zu den Bundestagswahlen im heutigen Antragsblock mit zu behandeln, da sie doch wichtige Eckpunkte für unsere Handlungsorientierung darstellen. Wenn wir damit heute den Blick schon auf die Bundestagswahlen 2017 richten, so ist das gut, damit wir uns nicht, wie in der Vergangenheit vom Zeitdruck die Entscheidung diktieren lassen. Die Entscheidung ist damit auch eng verbunden mit der Frage, wie wir die perspektivische Entwicklung der Partei „Die Linke“ einschätzen.

Die Situation heute ist sehr ambivalent. Die Existenz einer Fraktion der Linkspartei im Bundestag ist gut und sie ist dort die einzige Kraft, die sich meist noch den Kriegseinsätzen des deutschen Imperialismus bzw. der NATO entgegenstellt. Angesichts der Kriegsgefahr kann man das nicht unterschätzen. Wir müs-

gen. Wenn Genossinnen und Genossen mit dieser Organisation, der sogenannten Marxistischen Linken eine Veranstaltung parallel zur LL-Veranstaltung der Partei organisieren. Ich sehe diese Gefahren, wenn Gliederungen der Partei im Vorfeld dieses Parteitags deutlich machen, dass für sie eine Beschlussfassung zum Pressfest oder den Bundestagswahlen ggf. nicht bindend ist, obwohl beide Beschlüsse ausführlich und lange in der Partei zur Diskussion standen.

Wir haben in der vergangenen Wahlperiode immer wieder die inhaltliche Debatte geführt oder versucht zu führen. Diesen Weg werden wir weitergehen, sofern der Parteitag uns damit beauftragt. Aus meiner Sicht ist er aber dann nicht mehr weiterzuführen, wenn Gliederungen sich zu einer Partei in der Partei machen, weil sie sich bewusst in den Widerspruch zu Parteitagbeschlüssen bzw. deren Umsetzung stellen.

tionen der Arbeiterbewegung. Wir müssen die strukturelle Abdeckung der Bundesländer und Regionen verbessern, dies gilt besonders im Osten unseres Landes. Vorwärtsgekommen sind wir in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, ein kleines Stück in Sachsen, in Sachsen-Anhalt stagnieren wir noch etwas. Insgesamt hat unsere Ausstrahlung zugenommen, stark beteiligt daran die intensivierte Zusammenarbeit mit junge Welt und Rotfuchs – bei beiden möchten wir uns für die entgegengebrachte Offenheit bedanken.

sen gleichzeitig konstatieren, dass es bis in den Bundesvorstand, die Bundestagsfraktion hinein auch in dieser Frage Kräfte gibt, die nicht nur schwanken, sondern die sich öfters auf die Seite der Kriegskräfte drängeln wollen. Verknüpft ist dies in der Regel mit dem Anspruch „regierungsfähig“ zu werden. Das ist ja auch gar nicht unreal.

Natürlich wird man von der herrschenden Klasse nur dann mit der Teilnahme an der Umsetzung des ideellen Gesamtkapitalisten betraut, wenn man sicher kein „Vaterlandsverräter“, sprich Gegner imperialistischer Kriegseinsätze ist. Wie das geht und wohin das führt zeigt ja die Regierungsbeteiligung in Thüringen. Kurz nach der Regierungsübernahme noch Abschiebestopp heute Schweigen bzw. Zustimmung zum Vorschlag einen Flughafen im Bundesland zu einer Abschiebedrehscheibe zu machen. Ich befürchte, dass die herrschen-

de Klasse spätestens nach der Bundestagswahl 2017 auch die Option der Einbindung der Linkspartei in die bundesweiten Regierungsgeschäfte will und ich befürchte, dass die Kräfteverhältnisse in der Partei dann soweit sind dies auch zuzulassen. Sicherlich unter dem Mantel der Humanität, sicherlich verkauft als friedensstiftend befürchte ich dann Zustim-

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir sagen, es brennt, wenn wir feststellen, dass der Kapitalismus, der Imperialismus mit großen Schritten auf die Barbarei zumarschiert, dann haben wir keine Patentrezepte, wie das zu stoppen ist.

Was wir aber wissen, ist dass es ohne die Analyse, ohne die strategischen und taktischen Beiträge der Kommunistinnen und Kommunisten keine erfolgreichen Rezepte geben wird. Das ist Verpflichtung und Grund zum Selbstbewusstsein.

Selbstbewusstsein heißt keinesfalls Arroganz und Selbstbewusstsein heißt die Notwendigkeit unsere Positionen zu schärfen und vor allem sie in die Debatten ein- und an die Menschen heranzubringen.

Mit der Diskussion und Beschlussfassung über Leitantrag, Handlungsorientierung und die weiteren Anträge werden wir unser Profil im Friedenskampf im antifaschistischen Kampf definieren, wir werden unser antimonopolistisches und antiimperialistisches Profil schärfen und zugleich ein Diskussionsangebot unterbreiten, ein Angebot zur Strategiediskussion, die in der Arbeiterbewegung, in der Friedensbewegung, in der antifaschistischen Bewegung dringend nötig ist. Zugleich ist es ein Angebot für die Entwicklung der praktischen Kämpfe. Unser Platz ist auf der Straße.

Mit unserem antimonopolistischen Profil werden wir in die Kämpfe eingreifen, wir orientieren auf eine Schwerpunktsetzung ohne dass wir uns Scheuklappen anlegen.

Mit dem 20. Parteitag hatten wir darauf orientiert die Diskussion über Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich wieder stärker in die Arbeiterbewegung hineinzutragen. Kleine Schritte sind gemacht. Das müssen wir weiterführen, es ist der Ansatz die Arbeiterbewegung aus der Defensive zu führen. Wir müssen das ergänzen um den Kampf um das Streikrechts. Immer stärker wird das Streikrecht ausgehöhlt, das entwaffnet die Arbeiterklasse. Wenn UFO eine einseitige Anordnung gegen einen Streik kassiert, weil die Ziele des Streiks nicht detailliert genug beschrieben seien, dann ist das ein Schlag gegen

mung zu Kriegseinsätzen der Bundeswehr. Dagegen muss man kämpfen, darauf muss man sich aber einstellen. Wir schlagen vor die Eigenkandidatur vorzubereiten, damit, wenn unsere Einschätzung stimmen sollte, die Chance besteht mit der DKP, der 100 % - Antikriegspartei, Druck von Links zu machen.

das Streikrecht und damit gegen die gesamte Arbeiterklasse. Wir brauchen das Handeln der Klasse für die Rückgewinnung des vollständigen und uneingeschränkten Streikrechts, dafür werden Gerichtsprozesse und sozialdemokratische Wahlerfolge nicht ausreichen.

Und wir orientieren darauf die revolutionäre Linke zu stärken, indem wir SDAJ und DKP stärken. Auch das hat nicht mit Arroganz zu tun. Wir wissen, dass es wahrscheinlich mehr Kommunistinnen und Kommunisten außerhalb der DKP gibt als wir Mitglieder haben. Wir sagen aber auch, wir sind, wenn es gestattet ist die kommunistische Partei dieses Landes. Nein wir haben keine Illusionen, wir sind zu klein, zu alt, zu schwach verankert in der Arbeiterklasse, der Arbeiterbewegung, den Bewegungen. Aber: Wir sind eine organisierte Kraft, die an sich den Anspruch stellt das zu verändern und wir haben Chancen dies zu realisieren. Deshalb ihr Kommunistinnen und Kommunisten außerhalb der DKP, prüft unser Programm, prüft die Beschlüsse dieses Parteitags und, wenn es da große Übereinstimmung gibt, dann wird und soll dieser Parteitag die Einladung sein Euch bei uns mit einzureihen.

Ja, wir wollen die Zusammenführung der Kommunistinnen und Kommunisten dieses Landes in EINER kommunistischen Partei. Das ist kein Vorhaben für Vorstände am grünen Tisch, das muss sich in der inhaltlichen Annäherung und in den gemeinsamen Kämpfen ergeben. Darum schlagen wir dem Parteitag vor, zu beschließen, dass wir SDAJ und dem Rotfuchs mit seinen über 10.000 Abonnenten anbieten 2017 eine Konferenz zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution durchzuführen, zu der breit die Kräfte dieses Landes eingeladen werden, die daran festhalten den Kapitalismus überwinden zu wollen.

Und liebe Genossinnen und Genossen, dieser Parteitag soll, muss und kann auch für uns selbst ein Aufbruch sein. Wir haben das Recht und die Pflicht viel mehr und viel öfter die Frage zu stellen: „Warum bist Du eigentlich nicht Mitglied bei uns?“, ich bin mir sicher unsere Möglichkeiten zur Stärkung unserer Partei sind größer als das, was wir derzeit umsetzen. Das ist doof, lasst uns das ändern. Vorwärts zum Pressefest, stärkt die DKP. Für einen diskussionsfreudigen und streitbaren 21. Parteitag, der dafür die Grundlagen legt.

21. Parteitag der DKP

14./15. November 2015

Haus der Jugend

Deutschherrnufer 12, 60594 Frankfurt am Main

Ergebnis der Wahlen zum Parteivorstand.

Die Delegierten des 21. Parteitag der DKP wählten Patrik Köbele zum neuen Vorsitzender der DKP (131 Ja, 34 Nein, 0 Enthaltungen) und Wera Richter (148 Ja, 12 Nein, 4 Enthaltungen) und Hans-Peter Brenner (113 Ja, 46 Nein, 5 Enthaltungen) zu seinen Stellvertretern.

Gewählt wurden darüber hinaus folgende Mitglieder des Parteivorstandes:

Parteivorstand

Altmann, W.	92	Lommes, P.	118
Ballin, A.	122	Lopau, K.	114
Bäumer, J.	122	Lossdörfer, B.	115
Berger, Y.	119	Perschewski, R.	113
Berrios Miranda, M.	117	Petermann, E.	89
Fritsch, U.	93	Pohl, G.	127
Geisler, L.	93	Richter-Manecke, A.	125
Grüß, M.	120	Rodermund, P.	122
Harms, O.	126	Sanders, T.	126
Henn, D.	120	Sarbok, W.	96
Karbe, J.	106	Schlaberg, F.	98
Koppe, R.	118	Schmidt, B.	110
Koppey, A.	112	Tyczynski, K.	118
Köster, M.	132	Vierrath, G.	122
Leger, K.	123		

Zentrale Revisionskommission

Marotzky, G.	149
Mehlstäubler, R.	143
Moses, A.	135
Sittner, M.	145
Wirth, K.	146

Zentrale Schiedskommission

Cordi, A.	141
Dunkhase, H.	141
Haug, E.	133
Lang, I.	123
Nobst, F.	137
Spengler, U.	140
Wunder, B.	139

21. Parteitag der DKP

14./15. November 2015

Haus der Jugend

Deutschherrnufer 12, 60594 Frankfurt am Main

Beschlüsse

Mit großer Mehrheit bzw. Zweidrittelmehrheit bei der Änderung der Beitragsordnung wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Leitantrag – 21. Parteitag der DKP

DKP in Aktion – Bilanz ziehen, Neues erkennen, Chancen nutzen – gegen Monopolmacht, Kriegspolitik und Rechtsentwicklung

In den Jahren nach der Verabschiedung unseres Parteiprogramms im Jahre 2006 sind die internationalen Langzeitfolgen von Erosion und Zerschlagung des Sozialismus, die den Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion und den anderen Staaten des realen Sozialismus in Europa zur Folge hatten, noch deutlicher geworden. Gerade deshalb erkennen wir die DDR als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse an.

Die gegenwärtige Epoche ist geprägt von der fortdauernden allgemeinen Krise des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium. Wie alle anderen imperialistischen Staaten beutet der deutsche Imperialismus die Arbeiterklasse hemmungslos aus und versucht, seine Interessen in Europa und der Welt durchzusetzen.

Die kapitalistische Überakkumulation im Imperialismus ist an einem Punkt angelangt, an dem die Finanzspekulation zu einem zentralen Instrument des Finanzkapitals geworden ist, um einer Kapitalvernichtung zu entgehen. Staatsmonopolistische Eingriffe in Form von Bankenrettungsprogrammen sind dabei ein zentrales Mittel, eine Kapitalvernichtung auf Kosten anderer Klassen und Schichten im Monopolkapitalismus hinauszuzögern, um damit aber gleichzeitig die Grundlagen für eine Verschärfung der chronischen Überakkumulationskrise zu schaffen.

Entgegen des Eindrucks von Stärke ringt der Imperialismus mit seiner historischen Überlebtheit. Er ist ein parasitärer, faulender und sterbender Kapitalismus und entwickelt deshalb eine zunehmende Aggressivität nach innen und außen. Die Folgen der Konterrevolution, die Niederlage des Sozialismus in der Systemkonkurrenz bestimmen den Charakter der gegenwärtigen imperialistischen Etappe.

Der Sozialismus hatte zuvor dem Imperialismus Fesseln angelegt. Seither kann dieser wieder weltweit ungehemmt agieren. Wie nie zuvor befinden sich die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung sowie die früheren nationalen antiimperialistischen Bewegungen in der Defensive. Die Fortentwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gefährdet den Fortbestand der Menschheit.

Wir erleben zugleich rasante Entwicklungen der Produktivkräfte, die neue Veränderungen in der Klassen- und Sozialstruktur zur Folge haben. Dies und die Folgen der kapitalistischen Krise haben enorme Auswirkungen auf die Bewusstseinsentwicklung der Arbeiterklasse, ihre Organisations- und Kampfkraft. Vor unseren Augen wird mit immer neuen Serien revolutionärer Umwälzungen der Informationstechnik, mit Nano-, Gen- und anderen Techniken eine sich fortschreitend beschleunigende Entwicklung der Produktivkräfte betrieben. Damit und mit der Verbindung individualisierter, virtueller und selbstoptimierender Produktionssysteme werden neue Wellen von Veränderungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und in der Klassen- und Sozialstruktur ausgelöst. Der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital verschärft sich weiter.

Unter kapitalistischen Bedingungen können die Produktivkräfte in Destruktivkräfte umschlagen. Aus diesem Widerspruch gehen Kriege, Verfolgung, Armut, Landraub und Umweltzerstörung hervor. Dies sind Ursachen dafür, dass weltweit mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind.

Auch in den Zentren des Kapitals wächst die Kluft zwischen Arm und Reich, vertiefen sich gesellschaftliche Widersprüche. Erkämpfte soziale Errungenschaften werden abgebaut, Demokratie wird eingeschränkt, politische und Arbeiterrechte sind bedroht. In den kapitalistischen Zentren konnten die Monopole mit Hilfe des Staates die Löhne absenken und die Arbeitszeit verlängern. Durch die „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes und Sozialabbau stiegen die Profite auf Rekordniveau, während immer mehr Menschen von

Armut und prekärer Beschäftigung bedroht sind. Diese Entwicklungen haben sich durch die Krise seit 2008 weiter verschärft.

Ein Vierteljahrhundert nach der Niederlage des Sozialismus in Europa sind die Einflussphären der Imperialisten verteilt. Um ihre weiteren expansiven Interessen durchsetzen zu können, müssen diese neben ökonomischen Druckmitteln zunehmend auch militärischen Druck auf aufstrebende Entwicklungsländer und Staaten anwenden, die sich den verschärften Ausbeutungsbedingungen der imperialistischen Staaten nicht freiwillig unterordnen wollen oder die als Einflussphären umstritten sind.

Die imperialistischen Länder rüsten für neue Kriege. Und sie schotten sich ab: mit militärischen Mitteln und durch eine rigorose Politik gegenüber den Flüchtenden. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nehmen zu, Rechtskräfte bis hin zu Faschisten sind in vielen Ländern Europas auf dem Vormarsch.

Das Kapital wälzt die Folgen der Überproduktionskrise auf andere Länder ab. EU und USA bahnen mittels Freihandel und Assoziationsabkommen, mit TTIP, CETA und TISA und der Doha-Runde den Verwertungs- und Expansionsinteressen großer Konzerne den Weg, ohne Rücksicht auf die Interessen der Menschen in den weniger industrialisierten Ländern, die sich ein friedliches Leben erhoffen und um Arbeit und Auskommen ringen. Mit diesen Abkommen wird einer der größten Raubzüge des Kapitals auf die Existenzgrundlagen der arbeitenden Bevölkerung gestartet.

Wir müssen die neuen Entwicklungen analysieren, daraus eine präzisierte Strategie erarbeiten, für die praktische Tätigkeit verbindliche Beschlüsse fassen und diese gemeinsam umsetzen.

Die Kriegsgefahr wächst

Im Kapitalismus sind Produktion und Konsumtion grundsätzlich der Produktion von Mehrwert und einer Intensivierung der Kapitalverwertung untergeordnet. Bereits in seinem frühen Stadium, der freien Konkurrenz, führen die Entwicklung der Produktivkräfte und die verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft der Lohnarbeiterschaft zu einer chronischen Überproduktion von Waren und Kapital. Diese Überakkumulation stößt auf die Begrenztheit und Planlosigkeit des kapitalistischen Marktes und auf die „Armut und Konsumtionsbeschränktheit der Massen“ (Karl Marx). Die Unvermeidlichkeit der Überproduktionskrisen im Kapitalismus führt zu periodischen Entladungen und gewaltsamen Eruptionen in Form von Expansionsstreben und gewaltsamer Eroberung neuer Absatzmärkte. So entstehen unvermeidlich Expansionskriege zur Neuaufteilung, zur Ausweitung der eigenen Märkte sowie zur Sicherung von Rohstoffquellen und ihrer Zugangswege.

Der für die gesamte Epoche des Monopolkapitalismus/Imperialismus typische Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten ist in neuer Schärfe entbrannt. Imperialistische Kriege um Einflussphären, Rohstoffe, Marktanteile und die Kontrolle von Versorgungswegen ergeben sich aus der kapitalistischen Konkurrenz. Es hat sich gezeigt, dass die gesetzmäßige ungleiche Entwicklung des Kapitalismus die Verhältnisse permanent ändert, Koalitionen sprengt und dazu führt, dass sich neue bilden.

Die aggressive Politik der Hauptländer des Kapitals, vor allem der USA und ihrer NATO-Partner, schürt weitere Krisenherde. Kriege und Versuche der Destabilisierung haben seither zugenommen: Von Jugoslawien über Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und Mali bis zur Ukraine und Venezuela.

Der Konflikt in der Ukraine, die Ausweitung und Intensivierung des Krieges gegen die beiden Volksrepubliken im Donbass durch die nationalistische Regierung in Kiew unter Einfluss faschistischer Kräfte und mit Unterstützung der NATO an der Grenze zu Russland drohen weltweite Dimension anzunehmen – dabei kann auch der Einsatz atomarer Waffen nicht mehr mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

Auch angeblich rein innerstaatliche Bürgerkriege oder Revolutionen sind wie in der Ukraine, in Nordafrika oder im Nahen Osten gegenwärtig häufig inspiriert oder direkt organisiert durch verdeckte Interventionen imperialistischer Geheimdienste oder mit dem Imperialismus eng verbundener ziviler Institutionen oder Stiftungen. Die mit fundamentalistischen Strömungen im Islam in Verbindung gesetzten oder in Verbindung stehenden terroristischen Organisationen wie ISIS und Al Kaida oder sogenannte „Freie Armeen“ sind Geschöpfe imperialistischer Geheimdienste oder das Ergebnis militärischer Kooperationen mit dem US-Imperialismus oder imperialistischen europäischen Staaten.

Der ungelöste Israel-Palästina-Konflikt bleibt auf Grund der Weigerung Israels, einer Zwei-Staaten-Lösung gemäß UNO-Resolution 242 zuzustimmen und seiner aggressiven Siedlungspolitik eine ständige Quelle neuer militärischer Auseinandersetzungen und Kriege im Nahen und Mittleren Osten.

Aktuell nutzt der NATO-Partner Türkei die Präsenz des IS im Norden Syriens und im Irak, um militärisch gegen die kurdische Befreiungsbewegung vorzugehen und zusammen mit den USA und Frankreich die Souveränität Syriens zu untergraben.

Ganze Regionen sollen nach den Vorstellungen der imperialistischen Großmächte – besonders ihrer

Führungsmacht, der USA – neu gegliedert und nach deren wirtschaftlichen und strategischen Interessen umgebaut werden. Die aggressiven Strategien der stärksten imperialistischen Mächte richten sich insbesondere darauf, Russland und China militärisch einzukreisen und ihren Einfluss zurückzudrängen bzw. einzudämmen. Sowohl der Kampf um die Ukraine als auch die zunehmenden Konflikte im pazifischen Raum machen deutlich, dass sich die Auseinandersetzungen zwischen den Machtblöcken weiter zuspitzen. Russland und China sind in diesen Konflikten in einer defensiven Position, während sowohl die USA als auch die EU unter Führung Deutschlands – häufig im Bündnis miteinander – eine besonders aggressive Rolle spielen.

Der deutsche Imperialismus wird aggressiver und militaristischer. Er hat die Rolle einer Ordnungs- und Führungsmacht der EU eingenommen, unterwirft die Länder der EU-Peripherie seinem Diktat und nutzt die EU im Kampf um Einflussphasen und Rohstoffe in der Welt. Das werden die anderen imperialistischen EU-Staaten nicht hinnehmen. Die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr wird mit Rüstungsprojekten und Auslandseinsätzen von Afghanistan bis Zentralafrika gesteigert. In diesem Sinne ist auch die durch die BRD forcierte Verpflichtung der EU-Staaten zu sehen – festgehalten im Lissabon-Vertrag –, die eine weitere Militarisierung und die Erhöhung ihrer Militärausgaben vorschreibt. Militarismus soll die gesamte Gesellschaft durchdringen. Ziel ist der Aufbau einer EU-Armee unter deutscher Führung. Versuche zur Militarisierung der gesamten Gesellschaft werden vom militärisch-industriellen Komplex und der herrschenden Politik vorangetrieben.

Der Militarisierung der deutschen Politik stehen die Erfahrung der deutschen Bevölkerung mit den Folgen zweier von Deutschland angezettelter Weltkriege, mit der Friedenspolitik der DDR und dem jahrzehntelangen Kampf der Friedensbewegung in der BRD entgegen. Trotz der gegenwärtigen Schwäche der Friedensbewegung gibt es eine verbreitete Antikriegsstimmung. Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD und die sie stützenden Massenmedien verstärken deshalb Anstrengungen zur „Umerziehung“ und Manipulation der Bevölkerung im Sinne des Militarismus.

Die Ausbeutung wächst

Die Weltwirtschaft ist geprägt von der Art und Weise, wie die Bourgeoisien der reichen kapitalistischen Länder versuchen, die chronische Überakkumulationskrise zu überwinden. Der US-Imperialismus setzt, die noch vorhandene Vormacht des Dollars ausnutzend, auf das Gelddrucken in Kombination mit seiner wirtschaftlichen Stärke. Der deutsche Imperialismus verordnet der EU gegen Widerstände eine strikte antisoziale Sparpolitik, die Millionen Menschen ihrer Würde beraubt und in Not und Elend stürzt. Auch dadurch werden die chronischen Ungleichgewichte verstärkt.

Der Umgang mit dem ökonomisch in völliger Abhängigkeit von den imperialistischen Hauptmächten und internationalen Finanzinstitutionen stehenden Griechenland steht für die „verschiedenartigen Formen der abhängigen Länder, die politisch formal selbständig, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind“ (Lenin). Der Imperialismus kennt keine andere Grundlage der Macht als die ökonomische Stärke. Der deutsche Imperialismus spielt diese Karte gnadenlos innerhalb der von ihm beherrschten EU aus.

Seit den 1990er Jahren gibt es das Projekt des „transatlantischen Freihandels“. Mit den TTIP/CETA/TISA-Geheimverhandlungen wird es wieder forciert. Im Kern geht es darum, die Möglichkeiten staatlicher bzw. gesellschaftlicher Einflussnahme gegen die Interessen der Monopolbourgeoisie der mächtigsten imperialistischen Zentren – der USA und EU-Europas mit Deutschland an der Spitze – einzuschränken oder ganz auszuschließen. Ziel ist es, die Deregulierung der Arbeitsbedingungen und damit den Grad der Ausbeutung zum Schutz von Profiten und Investitionen ungehindert vorantreiben zu können. Auf diesem Weg soll die Vormachtstellung dieser Zentren – bei allen widersprüchlichen Interessen untereinander – gegenüber anderen Ländern und Regionen gesichert werden. Dies schließt im Bedarfsfall auch kriegerische Mittel ein.

Die Länder der BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) versuchen ihre nationalen Wirtschaften mit eigenen Instrumenten – zum Beispiel der Gründung einer eigenen Entwicklungsbank – vor dem Einfluss der international agierenden Monopole zu schützen. Diese Bestrebung, sich der Unterordnung zu entziehen, wirkt den Interessen der imperialistischen Hauptmächte entgegen.

Dem deutschen Imperialismus ist es gelungen, Deutschland bereits vor Ausbruch der Krise im Verhältnis zur hohen Produktivität zu einem Niedriglohn-Land zu machen. Dies wurde mit geringer Gegenwehr und unter weitgehender Einbindung der Gewerkschaften durchgesetzt. Das war die Voraussetzung, um unter Nutzung von EU und Euro vor allem die Länder der südlichen Peripherie der EU mit Hilfe der sogenannten Exportwalze auszupressen. Klasseninhalt und Zweckbestimmung von EU und Euro-Einführung treten immer offener zutage: Es ging und geht dem deutschen Imperialismus um nichts anderes als um die Schaffung eines abgesicherten grenzüberschreitenden Absatzmarktes mit einem Gürtel von industriell nachrangigen Volkswirtschaften. Diese können sich gegen die deutsche Exportoffensive nicht mehr mit einer Abwertung ihrer Landeswährungen zur Wehr setzen und sind deshalb zur „inneren Abwertung“ über Lohnraub und

Sozialabbau gezwungen. Darüber hinaus kann das deutsche Großkapital sie notfalls als verlängerte Werkbank, als Experimentierfeld oder als Erpressungspotential benutzen, um der deutschen Arbeiterklasse die in den letzten 60 Jahren erkämpften Errungenschaften wieder streitig zu machen. Wie ihre Vorgängerorganisationen EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und EG (Europäische Gemeinschaft) war die EU vom ersten Tag an ein Projekt der Monopole.

Den deutschen Konzernen ist es gelungen, Löhne und Sozialleistungen zu senken. Dadurch konnte das Kapital seine Gewinne steigern, während Armut und Existenzunsicherheit gestiegen sind. Auch in Deutschland haben wir es mit einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, mit Massenarmut und der Bildung von Elendsvierteln in den Städten zu tun. Bezahlbarer Wohnraum ist in fast allen Großstädten zur Mangelware geworden. Armut ist in vielen Regionen unseres Landes eine Massenerscheinung. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Millionäre ständig zu.

Frauen erleben eine mehrfache Diskriminierung. Sie werden schlechter bezahlt und sind in ihrer beruflichen Entwicklung benachteiligt. Verarmung und Prekarisierung treffen sie in der Krise besonders hart. Unter anderem, weil Erziehung und Versorgung der Kinder immer noch weitgehend nicht gesellschaftlich organisiert, sondern den Frauen überlassen werden, sind sie in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt und besonders betroffen von Niedriglöhnen, Altersarmut, befristeten Verträgen und Minijobs. Patriarchalische Strukturen sind in der Gesellschaft fest verankert und Gewalt gegen Frauen ist an der Tagesordnung. Dem zu entgegen, wird für viele Frauen durch Verschlechterung ihrer ökonomische Situation zusätzlich erschwert. Der Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen durch ungleiche Bezahlung, vorenthaltene Möglichkeiten zur Qualifizierung, das Abdrängen in prekäre Beschäftigung und Arbeitslosigkeit muss in unserer Arbeit eine größere Rolle spielen.

Rasanz der wissenschaftlich-technischen Revolution

Die Verschärfung der Ausbeutung geht einher mit einer neuen Phase der Vertiefung der wissenschaftlich-technischen Revolution. In ihrem Wesen besteht diese in der Verwandlung der Wissenschaft in eine „unmittelbare Produktivkraft“ (Karl Marx). In der Konsequenz kommt es nicht nur zu einer weiteren Verwissenschaftlichung aller Produktions- und Distributionsvorgänge, sondern generell zu einer widersprüchlichen Auf- und Entwertung der menschlichen Arbeitskraft, der Quelle der Produktion des Mehrwerts.

Der Mensch wird zunehmend zum „Wächter und Regulator“ (Karl Marx) des Produktionsprozesses, auch hochqualifizierte Lohnarbeit wird zunehmend vom lebendigen Produzenten auf moderne automatische Systeme übertragen: bislang führende Technologien werden durch die Digitalisierung der Produktion in rasendem Tempo „moralisch verschlissen“ (Karl Marx). Die der stofflichen Produktion vor- und nachgelagerten Bereiche (Entwicklung, Planung, Vertrieb, weltweite Logistik) gewinnen durch diese Verwissenschaftlichung nicht nur eine viel größere Bedeutung, hier sind neue Abteilungen der modernen Arbeiterklasse entstanden. Für sie trifft die alte Aufteilung in „Blaumann- und- Weißkittel-Proletarier“ längst nicht mehr zu.

Die Bereiche der Ausbildung und Reproduktion der Ware Arbeitskraft sind von der Anzahl der dort beschäftigten LohnarbeiterInnen längst um ein Mehrfaches stärker als der Teil der in der direkten materiellen Produktion beschäftigten Abteilungen der Arbeiterklasse. Dennoch bleibt die industrielle materielle Produktion der Kern der kapitalistischen Produktionsweise. In ihr sind auch die relevanten besser- und hochorganisierten Sektoren des modernen Proletariats organisiert. So sehr es zutrifft, dass sich im Bildungs- und Produktionsbereich neue Schichten der Lohnabhängigen zur eigenständigen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung zusammenschließen und auch die Mittel des Arbeitskampfes bis hin zu Streiks für sich in Anspruch nehmen, so sehr wird aber auch deutlich, dass dabei wirklicher ökonomischer Druck sehr viel schwerer aufzubauen ist als in den Kernbereichen der materiellen Produktion und der damit verbundenen Distribution.

Die Vertiefung der wissenschaftlich-technischen Revolution bedeutet viel mehr als die von den Herrschenden in die Mediendebatte eingeschleusten Modebegriffe von „Industrie 4.0“ oder „Kapitalismus 4.0“. Die modernen Produktivkräfte entwickeln sich unter kapitalistischen Vorzeichen immer stärker auch zu Destruktivkräften – bis hin zur Gefahr der Selbstausslöschung der Gattung Mensch. Doch auch unterhalb dieser letzten Schwelle nehmen die Pervertierung der Produktivkraftentwicklung und ihre tendenzielle Barbarisierung zu. Das Privat- und Intimleben, alle Lebensgewohnheiten und privaten Daten werden in bisher unvorstellbarem Ausmaß Objekt und Opfer der Umwandlung zur Ware – nun nicht mehr nur im Produktionsprozess. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen Lohnarbeit und Kapital wird aber nicht ersetzt durch den angeblich klassenübergreifenden Widerspruch zwischen Mensch und Digitalisierung oder zwischen Roboter und Homo sapiens.

Noch mehr als zu Lenins Zeiten gilt, dass wir nicht nur in der „Epoche des Finanzkapitals“ sind, sondern dass wir in einem mit den modernsten Produktivkräften ausgerüsteten hochentwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus leben. Dieser hat nicht nur grundsätzlich die materiellen

Voraussetzungen für die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus geschaffen. Er drängt durch die neuen gigantischen wissenschaftlichen und technologischen Umwälzungen immer mehr zur Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Produktion und zur Überwindung des nach wie vor auf dem Privateigentum beruhenden Systems der kapitalistischen Ausbeutung von Mensch und Natur.

Arbeiterklasse heute

Die deutsche Monopolbourgeoisie baut ihre Wettbewerbsvorteile zu Lasten der Arbeiterklasse durch Deregulierung weiter aus. Grüne und SPD haben neben den anderen Parteien diesen Kurs wesentlich bestimmt und politisch vorangetrieben. Wesentliche Angriffe auf soziale und demokratische Rechte, wie die Agenda 2010, haben die Gewerkschaften kaum bekämpft. Würde die Einbindung der Arbeiterklasse noch bis in die 80er Jahre, auch angesichts der Existenz des Sozialismus in Europa, teilweise mit sozialen Zugeständnissen erkaufte, so hat sich das Kräfteverhältnis gewandelt, die herrschende Klasse ist in der Offensive.

Diese Offensive ging einher mit einer Produktivkraftentwicklung, die zu Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse geführt hat, in deren Folge sich der industrielle Kern der Klasse verkleinerte. Die Kampfbedingungen verschlechtern sich durch die Spaltung der Arbeiterklasse in Stammebelegschaften, Leiharbeiter und andere Niedriglöhner sowie durch eine beständig hohe Zahl von Erwerbslosen. Mit der Agenda 2010 wurden weitere Mittel geschaffen, den Druck auf die Arbeiterklasse drastisch zu erhöhen. Ein größer werdender Teil der Arbeiterklasse wird komplett aus dem Produktionsprozess gedrängt, in die Armut abgeschoben und mittels Sanktionen diszipliniert. Von diesen Angriffen sind Frauen besonders betroffen.

In weiten Teilen der Arbeiterklasse herrscht derzeit kein Bewusstsein vom Klassengegensatz von Arbeit und Kapital, sondern der Irrglaube an eine Interessenidentität mit dem Monopolkapital. Die Unterordnung unter die Interessen des „eigenen“ Konzerns oder Standorts macht die Lohnabhängigen real aber immer abhängiger. Diese Schwäche der Arbeiterbewegung ist ein wesentlicher Faktor für die Sicherung kapitalistischer Herrschaft. Dazu tragen auch Kräfte innerhalb der Arbeiterbewegung selbst bei, deren Blick nicht über das Ziel einzelner, durch Reformen zu erreichende Verbesserungen hinausreicht. Sie lassen sich durch diese Verbesserungen oder auch durch Privilegien, die stets nur für eine Minderheit der Arbeiterklasse zugestanden werden, objektiv korrumpieren. Diese Kräfte werden so zum Träger des Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung, einer Erscheinung, die untrennbar mit dem Monopolkapitalismus verbunden ist.

Auch unter den sozial Ausgegrenzten findet sich selten Klassenbewusstsein. Unter den Bedingungen der Vereinzelung ist es noch schwieriger, Klassenbewusstsein zu entwickeln, weshalb sie nicht mehr oder bloß sporadisch am politischen Leben teilnehmen. Die so erzeugte „innere Stabilität“ gehört zu den Erfolgsfaktoren der deutschen Bourgeoisie.

Die Angst vor dem Abstieg in prekäre Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Armut macht erpressbar. In Kombination mit dem täglich vor allem über die Medien vermittelten Einfluss bürgerlicher und reaktionärer Ideologie übernehmen die Beherrschten Vorstellungen, Denkformen, Werte und Orientierungen, die ihren objektiven Interessen grundsätzlich widersprechen. Standortlogik und Entsolidarisierung schwächen die Überreste des proletarischen Internationalismus. In Kombination mit stimuliertem Nationalismus und Militarisierung ist das der Nährboden für rassistische Tendenzen, die wiederum der Spaltung der Klasse, national und international, dienen.

Die Arbeiterklasse ist trotz aller objektiven strukturellen Veränderungen, trotz der Entstehung neuer Spaltungslinien und Abhängigkeiten usw. die entscheidende Kraft im Kampf gegen die Macht des Kapitals und für den Aufbau des Sozialismus. Sie ist dies unabhängig von ihrem derzeitigen Organisationsgrad und von ihrem politischen Bewusstsein. Sie ist das revolutionäre Subjekt. Sie zur Wahrnehmung dieser historischen Rolle zu befähigen ist das Hauptziel der Kommunistischen Partei.

„Sie ist die Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft, die auf Grund ihrer Stellung im System der gesellschaftlichen Produktion am stärksten und unmittelbar die kapitalistische Ausbeutung erlebt. Als Nichteigentümer an den Produktionsmitteln sind die Arbeiter und Angestellten gezwungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Ohne ihre Arbeit könnte die Gesellschaft nicht existieren. Sie sind in unserem hoch industrialisierten Land die hauptsächlichen Schöpfer aller Werte. Die Arbeiterklasse hat keine von den Menschheitsinteressen gesonderten Interessen. Diese gesellschaftliche Stellung gibt ihr die Kraft, zum Hauptträger des Widerstandes und der Veränderung der Gesellschaft zu werden. (...) Gesellschaftlicher Fortschritt ist nur denkbar, wenn die Arbeiterklasse in Aktionseinheit handelt und Bündnisse eingeht. Es ist notwendig und möglich, dass Arbeiter, Angestellte, Beamte, prekär Beschäftigte und Erwerbslose, Auszubildende und Rentner – unabhängig von Nationalität und Herkunft, unterschiedlicher Weltanschauung und unterschiedlicher Parteizugehörigkeit – zusammenwirken.“
(Programm der DKP)

Diese besondere Rolle der Arbeiterklasse im Prozess der Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums

macht sie objektiv zur führenden sozialen und politischen Kraft im Kampf gegen das System der kapitalistischen Ausbeutung. Sie wird es jedoch nur dann, wenn sie sich dieser historischen Potenzen bewusst wird. Dazu muss es jedoch zu einer engen Verbindung zwischen der Theorie und Ideologie des wissenschaftlichen Sozialismus und deren Organisationen und Parteien mit der sich ihrer Klasseninteressen bewusster werdenden Arbeiterklasse kommen.

Die Gefahr der Rechtsentwicklung

Trotz massiver Ausbeutung und Ausgrenzung größer werdender Teile der Bevölkerung vom gesellschaftlichen Leben, trotz Kriegspolitik, die der größte Teil der Bevölkerung ablehnt, ist es verhältnismäßig ruhig im Land. Gleichzeitig werden die Mittel zur gewaltsamen Unterdrückung ausgebaut und im Kampf gegen soziale Bewegungen erprobt. Aus Sicht der Herrschenden bedarf es eines reaktionären Staatsumbaus, der es der Bourgeoisie ermöglicht, Massenproteste und Aufstände im Inneren zu unterdrücken. Die Entwicklung zu einem autoritären Sicherheitsstaat vertieft und beschleunigt sich. Demokratische Rechte werden abgebaut, Angriffe auf das Streikrecht nehmen zu, politisch Aktive werden bespitzelt. Die staatlichen Repressionsorgane werden aggressiver und bekommen mehr Rechte, Möglichkeiten und Mittel. Diese Mittel dienen in den Händen der herrschenden Klasse der Absicherung ihrer Eigentums- und Machtverhältnisse.

Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren wird geübt und durch Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit ermöglicht. Der Militarismus wird begleitet von Nationalismus und Rassismus. Einflussreiche konservative und reaktionäre Kreise der Monopolbourgeoisie bedienen sich wieder offen faschistischer Kräfte als Druckmittel von rechts. Das Zusammenspiel mit den Staatsorganen ist durch den NSU-Skandal offensichtlich geworden. Gleichzeitig wird der Widerstand gegen Faschisten kriminalisiert.

Scharnierkräfte, die den Übergang zum Bürgertum ebnen, gibt es unter anderem mit der Alternative für Deutschland (AfD). Mit Pegida und Hogesa ist es gelungen, eine reaktionäre, national-chauvinistische und rassistische Massenbewegung zu initiieren, die die jahrelang aufgebauten Vorurteile des Feindbilds „Islam“ aufgreift und zum Teil gewalttätig umsetzt. Die von der herrschenden Politik geschürten Ressentiments finden so ihren Widerhall auf der Straße. Von den Parteien von CSU bis SPD werden sie heuchlerisch als „Sorgen der Bürger“, die man ernst nehmen müsse, genutzt, um Gesetze zu verschärfen. Moslems und „der Islam“ werden zu Sündenböcken gemacht, um von den wahren Verantwortlichen – den Konzernen und dem Staat – abzulenken.

Rolle und Aufgabe der DKP

Massenarmut, Verelendung und Ausgrenzung, Militarisierung, Nationalismus und Kriege sowie Umweltzerstörung führen die Menschheit an den Abgrund. „Sozialismus oder Barbarei“ – das ist eine Existenzfrage. Die DKP steht für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus. Als marxistisch-leninistische Partei geht sie vom gesellschaftlichen Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital und der Notwendigkeit der revolutionären Überwindung des Kapitalismus aus. Die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen werktätigen Schichten, die Vergesellschaftung der wichtigen Produktionsmittel und eine Wirtschaftsplanung im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sind die zentralen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus.

Die DKP lässt sich von den Lehren und der Theorie von Marx, Engels und Lenin leiten. Diese bilden die wissenschaftliche Grundlage unserer Politik und Anleitung zum Handeln. Sie sind keine starre Doktrin, sondern Verpflichtung, die Wirklichkeit von heute mit den Methoden und den Erkenntnissen des historischen und dialektischen Materialismus zu erforschen. Die DKP tritt ein für das Recht auf freie Propagierung des Marxismus-Leninismus, der Weltanschauung der Kommunisten.

Die Einordnung unserer aktuellen Kämpfe in eine Strategie des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus und die Suche nach Übergängen zum Sozialismus sind unverzichtbar. Die neue sozialistische Gesellschaftsordnung und die Überwindung des Kapitalismus lassen sich nur in einem langwierigen und komplizierten Prozess, im harten Klassenkampf durchsetzen. Das Haupthindernis ist das Monopolkapital, das heißt die monopolistische Bourgeoisie, der mächtigste und einflussreichste Teil der herrschenden Kapitalistenklasse. Das Monopolkapital verfügt in Zeiten der politischen Krise, in der es seine Macht gefährdet sieht, nicht nur über die Massenmedien. Mit Notstandsgesetzen, Regierungsapparaten, Justiz, Militär, Polizei besitzt es massiv und brutal einsetzbare Gewaltinstrumente.

Die Erfahrungen nicht nur in Chile 1973, sondern gerade die jüngsten gewaltsamen Umstürze und Revolutionen in Osteuropa, Nordafrika und im Nahen Osten zeigen, dass die Herrschenden sich mit allen Mitteln einem revolutionären Prozess entgegenstellen werden. Die Beachtung der Dialektik von Reform und Revolution unterscheidet die Kommunistische Partei von Organisationen, die auf sogenannte „Reformalternativen“, „Transformationskonzepte“ und „wirtschaftsdemokratische Modelle“ orientieren, die diesen Unterschied verwischen.

Kommunistinnen und Kommunisten wissen um die Notwendigkeit, aber auch um die Grenzen von Reformen im Kapitalismus. Sie wissen, dass es „grundsätzlich falsch ist, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die in die Breite gezogene Revolution und die Revolution als die kondensierte Reform vorzustellen“ (Rosa Luxemburg). Die Überwindung des Kapitalismus setzt den revolutionären Bruch voraus. Die DKP setzt sich zugleich im Kampf um Reformen für die Gegenwartsinteressen der arbeitenden Menschen ein. Es gibt für sie keine nebensächlichen Fragen, wenn es um die heutigen Belange und Interessen der Arbeiterklasse geht. Der sprichwörtliche „Kampf um das Teewasser“ in den Betrieben und in den Kommunen bleibt ein unverzichtbares Markenzeichen kommunistischer Politik.

In der Arbeiterklasse muss die Erkenntnis der Notwendigkeit und Machbarkeit des Sozialismus heranreifen. Dazu gehört es auch aufzuzeigen, welche positiven Errungenschaften bereits den ersten großen Anlauf zum Sozialismus auszeichneten. Es bedarf der Hegemonie der revolutionären Weltanschauung in der Arbeiterklasse, damit sie sich von der Klasse an sich zur Klasse für sich formieren kann. Ein solches revolutionäres Klassenbewusstsein zu entwickeln, in der Klasse zu verankern und mehrheitsfähig zu machen, das ist die zentrale Aufgabe der kommunistischen Partei.

Das erfordert von den Kommunistinnen und Kommunisten die Entwicklung und Propagierung einer Politik, durch die die Arbeiterklasse befähigt wird, ihre Interessen zu erkennen und selbst in die Hand zu nehmen. Nur im Kampf wird sie lernen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, die ihre Lage bestimmen. Dies ist untrennbar mit der Aufgabe verbunden, reformistische Illusionen über den Kapitalismus, die das Denken eines großen Teils der Klasse dominieren, zurückzudrängen und zu überwinden. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit dem im Imperialismus gesetzmäßig entstehenden Opportunismus in der Arbeiterklasse.

Kommunistische Politik besteht unter Beachtung der Dialektik von Reform und Revolution darin, jedes fortschrittliche Interesse aufzugreifen und gemeinsam mit den Menschen in Aktion zu kommen. Kommunistinnen und Kommunisten machen dabei deutlich, dass es sich bei den Angriffen auf die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes nicht um einzelne, zusammenhanglose Aktionen handelt, sondern dass sie Ausdruck und Ergebnis des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit sind.

Heute, in der imperialistischen Phase des Kapitalismus, ist das Monopolkapital der entscheidende Gegner. Wir erleben wieder und wieder den Zusammenhang zwischen Kapitalismus/Imperialismus, Krise und Krieg. In dieser Situation ist es notwendig, dass sich antimonopolistisches Bewusstsein verbreitet und antimilitaristische und antifaschistische Bewegungen stärker werden. Die DKP wird ihre Kraft auf diese Zielstellung konzentrieren. Für uns sind dies keine nebeneinander stehenden Felder, sondern organisch verbundene Fragen des Kampfes für den gesellschaftlichen Fortschritt gegen die Angriffe der Herrschenden.

Unser antimilitaristischer Kampf

Wir kämpfen für die Auflösung und für den Austritt der BRD aus der NATO. Die NATO ist ein imperialistisches Militärbündnis unter Führung der aggressivsten imperialistischen Mächte. Das sind derzeit vor allem die USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Diese werden sich in gemeinsamer Front mit den reaktionären und militaristischen Kräften in der BRD und deren militärisch-industriellem Komplex mit allen Mitteln einem Ausscheiden aus der NATO widersetzen, weil damit die gesamte gegen Russland gerichtete US- und NATO-Strategie in sich zusammenfiel. Deshalb ist in diesem Kampf der gesamte führende militaristische Machtblock des NATO-Paktes unser Gegner.

Das Militär in imperialistischen Ländern dient immer der Aggression nach außen und innen. Es dient immer auch der reaktionären und militaristischen Verblendung der Soldaten. Die reaktionärste Form des Militärs unter heutigen Bedingungen ist die Berufsarmee, umso mehr bekämpfen wir die Bundeswehr.

Wir lehnen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr und anderer bewaffneter Kräfte sowie alle Formen der zivil-militärischen Zusammenarbeit ab. Sie stehen für den Willen, die ökonomischen und politischen Interessen des deutschen Monopolkapitals mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Wir kämpfen gegen Übungen und Einsätze der Bundeswehr als Bürgerkriegstruppe im Inneren. Wir sind aktiv gegen Auftritte der Bundeswehr im öffentlichen Raum, seien das öffentliche Gelöbnisse, seien das Bundeswehrauftritte an Schulen, Universitäten und Arbeitsagenturen. Die Bundeswehreinmärsche z. B. bei Naturkatastrophen werden als Propagandashows benutzt. Die Bundeswehr ist kein „normaler“ Arbeitsplatz, sondern die Schule des Militarismus/Imperialismus.

Wir sind aktiv gegen die Infrastruktur des Militarismus (Übungsplätze etc.) und wehren uns gegen deren Ausweitung. Wir fordern den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und die Schließung aller US-Stützpunkte, insbesondere des Stützpunktes Ramstein, der für die Steuerung von Drohnen im weltweiten US-amerikanischen Drohnenkrieg genutzt wird.

Wir kämpfen gegen die Militarisierung von Bildung, Forschung und Kultur, gegen Militarismus und

Kriegshetze in den Medien. Bildung und Forschung dürfen nicht der Rüstungsproduktion dienen, Kultur darf nicht nationalistisch und militaristisch sein. Wir fordern Zivilklauseln an allen Hochschulen.

Wir wenden uns gegen jede militaristische Umformung des Zivilschutzes und gegen jede Art der Militarisierung, wie die Einbeziehung von Frauen in militärische und paramilitärische Strukturen oder die Schaffung neuer Frühwarnsysteme in den Kommunen. Wir achten genau auf Entwicklungen hin zur Militarisierung in Strukturen, die paramilitärisch sind bzw. sich so umgestalten lassen, wie der Bundespolizei oder auch dem Technischen Hilfswerk.

Wir lehnen Rüstungsexporte ab und setzen uns für die Konversion aller Rüstungsbetriebe ein. Rüstungsexporte dienen dem deutschen Monopolkapital neben der Sicherung von Profiten auch zur politischen und militärischen Einflussnahme auf andere Länder. Gleichzeitig dienen die Rüstungsexporte sowohl der Sicherung der eigenen Aufrüstungsfähigkeiten als auch dem Drücken der Kosten für Rüstungsgüter. Damit sind Rüstungsexporte und Aufrüstung der Bundeswehr zwei Seiten einer Medaille. Wir klären über die zentrale Rolle der Rüstungsproduktion für die Durchsetzung der imperialistischen Interessen auf. Insbesondere in den Gewerkschaften setzen wir uns für die Forderung nach Konversion ein.

Wir wollen, dass in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Antimilitarismus wieder Allgemeingut wird, dass die Gewerkschaften antimilitaristische Kämpfe unterstützen und insbesondere gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion aktiv werden. Wir wenden uns gegen jegliche Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Bundeswehr.

Unser Ziel ist es, zu diesen Fragen Bewegungen zu unterstützen bzw. zu initiieren. Wir wenden uns gegen jede Kriegshetze und mediale Mobilmachung, unter welchem Deckmantel sie auch vorgetragen wird, seien es Menschenrechte, Frauenrechte, Religionsfreiheit oder der angebliche Kampf gegen den Terrorismus. Es geht dabei nie um die Rechte der Bevölkerung, es geht immer nur um die Interessen der deutschen Banken und Konzerne. Wir beteiligen uns an den Aktionen der Friedensbewegung und wirken für deren Verbreiterung und Stärkung. Wir stellen in der Flüchtlingspolitik die Notwendigkeit in den Mittelpunkt, imperialistische Kriege und Rüstungsexporte als Fluchtursachen zu bekämpfen. Auf Grundlage der Einheit von Friedenskampf und Antifaschismus streben wir breitestmögliche Bündnisse an. Gleichzeitig vertreten wir inner- und außerhalb dieser Bündnisse unsere spezifisch kommunistischen Positionen. Wir bekämpfen antisemitische, rassistische und faschistische Kräfte, die das Friedensthema demagogisch nutzen und von den wahren Kriegsgründen ablenken.

Wir erleben seit Jahren, wie antiimperialistische Kritik an den USA und Israel als antisemitisch diffamiert wird. Damit wird Antisemitismus relativiert, konsequenter Antimilitarismus soll verhindert und die Friedensbewegung der deutschen Staatsdoktrin untergeordnet werden. Es gibt zugleich Versuche, rechte Inhalte in die Friedensbewegung hineinzutragen bzw. die Friedensbewegung nach rechts zu öffnen, indem die Stoßrichtung der Friedensbewegung mehr oder weniger ausschließlich auf die USA gerichtet werden soll. Das birgt die Gefahr, dass sich Teile der Friedensbewegung vor den Karren einer bestimmten deutschen Kapitalfraktion spannen lassen. Die Aufgabe der DKP ist es, gemeinsam mit anderen Kräften diese beiden Richtungen zurückzudrängen.

Unser Kampf für Arbeitereinheit und antimonopolistische Bündnisse

Die DKP orientiert auf den Hauptgegner, das nationale, multi- und transnationale Monopolkapital. Das Monopolkapital, das sind die großen Industrieunternehmen, die Energiekonzerne, die privatisierten ehemaligen öffentlichen Unternehmen, die Versicherungen und Banken, die Handelskonzerne. Das Monopolkapital, das ist das Finanzkapital, die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital. Sein aggressivster Teil sind der militärisch-industrielle Komplex und dessen Hilfstruppen in der Politik.

Im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist der Staat den Interessen des Monopolkapitals untergeordnet. Die herrschende Politik ist der Ausdruck seiner nicht widerspruchsfreien Vereinigung und Verbindung mit diesen Interessen. Einfluss und Macht der Monopolbourgeoisie müssen gebrochen werden. Dieses Erkenntnis wollen wir im Bewusstsein der Arbeiterklasse verankern, die den Kern einer antimonopolistischen Bewegung und Abwehrfront bilden muss.

Auf nationaler und internationaler Ebene erleben Menschen Widersprüche des Monopolkapitalismus. Es entstehen Bewegungen, die bereits mehr oder weniger stark den Grundwiderspruch unserer Gesellschaft entlarven bzw. sich gegen das Monopolkapital richten. Dazu gehören die Bewegung gegen Atomkraftwerke und Castor-Transporte, Occupy, Blockupy, die Proteste gegen die G7/G8/G20-Gipfel. Dazu gehören Kämpfe gegen Faschisten, gegen rechts, für die Rechte von Flüchtlingen ebenso wie die Kämpfe gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA.

Wir kämpfen für die Überwindung der EU und für den Austritt der BRD aus der EU. Die EU ist ein Zusammenschluss der imperialistischen Staaten vor allem Westeuropas im Interesse des Monopolkapitals. Mit der Krise seit 2008 hat sich die Macht in der EU vor allem zu Gunsten des deutschen Monopolkapitals

verschoben. Es nutzt seine Vormachtstellung zur gnadenlosen Steigerung seiner Profite. Gleichzeitig dient die EU als Instrument um alternative Wege, selbst innerhalb des kapitalistischen Systems, zu verhindern.

Unsere Aufgabe in diesen Kämpfen ist neben der organisatorischen Unterstützung der Bewegung vor allem die Verbreitung der Erkenntnis, dass es sich nicht um das Verhalten Einzelner handelt, etwa gieriger Banker, sondern um Ergebnisse der grundsätzlichen Widersprüchlichkeit des Imperialismus als „parasitäres und faulendes“ Stadium des Kapitalismus.

Folgende Kampffelder sind dabei von besonderer Bedeutung:

1. Betriebspolitik

Neben der Arbeiterklasse sind zunehmend weitere Teile der werktätigen Bevölkerung von den Widersprüchen und Konflikten im staatsmonopolistischen Kapitalismus betroffen. Diese gemeinsame Betroffenheit ist die objektive Basis für die Entwicklung breiter antimonopolistischer Kämpfe und Bewegungen.

Kern jedes antimonopolistischen Bündnisses ist die Arbeitereinheit; die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Über weltanschauliche Grenzen hinweg wirken wir für gemeinsame Aktionen und Kämpfe der verschiedenen Spektren der Arbeiterbewegung.

Die organisatorische und politische Stärkung der Gewerkschaften als Schule des Klassenkampfes ist entscheidend für die Herausbildung des Klassenbewusstseins. Wir verteidigen die Einheitsgewerkschaft gegen Spaltungsversuche und die Tendenz der Einbindung in „Standortlogik“, Konzepte des Co-Managements und parteipolitische Instrumentalisierung.

Wir verteidigen das Streikrecht und die Koalitionsfreiheit, wir fordern das umfassende Streikrecht. In diesen Kämpfen und Bewegungen zeigen wir, dass sich die Interessen von Kapital und Arbeit nicht nur in einzelnen Fragen, sondern grundlegend unversöhnlich gegenüberstehen. Wir verteidigen die Einheit und die Kampfkraft der Gewerkschaften gegen Spaltungsversuche wie beispielsweise durch das Tarifeinheitsgesetz. Wir sehen die zunehmende berufsständische Organisierung und Konkurrenz zwischen den Branchengewerkschaften als Schwächung der Gewerkschaftsbewegung an.

Für die Entwicklung des Bewusstseins der Arbeiterklasse, für die Entwicklung von Kämpfen kommt nach wie vor den Belegschaften der Großbetriebe eine besondere Bedeutung zu. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung haben diese Belegschaften und deren Vertrauensleute und Betriebsräte einen großen Einfluss auf die Entwicklung von Beschlüssen, Positionen, Orientierungen und Aktionen. Die betriebliche Arbeit und vor allem auch die betriebliche Arbeit in Großbetrieben hat deshalb auch für Kommunistinnen und Kommunisten eine herausragende Bedeutung. Die DKP kämpft gegen jede Spaltung der Arbeiterklasse und stärkt das Bewusstsein für ihre eigenständige und gewerkschaftliche Organisierung unter allen Schichten der Klasse.

Der Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen, mit Kolleginnen und Kollegen und Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund kommt eine große Bedeutung zu. Wir werden sie intensivieren.

- Wir treten der Spaltung der Arbeiterklasse entgegen. Der Kampf muss geführt werden gegen das Ausspielen von Jung gegen Alt, Ost gegen West, Arbeitslose gegen Beschäftigte, Leiharbeiter gegen Festangestellte, von deutschen gegen ausländische Kollegen, von Männern gegen Frauen, von Standort gegen Standort im In- und Ausland. Wir kämpfen um die Formierung der gesamten Klasse und die Vertretung der Interessen der gesamten Klasse, wir kämpfen um den proletarischen Internationalismus.

- Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unseres Landes neu verankert werden. Sie bietet die Chance, Kämpfe zu vereinheitlichen, die Kämpfe der unbefristet Beschäftigten mit den prekär Beschäftigten, den Arbeitslosen und Ausgegrenzten zusammenzuführen. Mit der Forderung nach einer 30-Stunden-Woche kann die DKP wichtige Impulse geben. Die Verankerung dieser Forderung steht dafür, aus der Defensive der Arbeiterbewegung herauszukommen.

Dieser Kampf steht in enger Verbindung mit dem Kampf für das Verbot von Leiharbeit, Werkverträgen etc. Insbesondere Jugendliche und Frauen sind davon betroffen, heute gilt „prekär ist das neue normal“. Wir kämpfen weiterhin für die Erhaltung des bereits Erreichten und um das unbefristete Vollzeitverhältnis als Regel. Dazu gehört der Kampf für qualifizierte Bildung und Berufsausbildung sowie die unbefristete Übernahme in ein Vollzeitverhältnis.

2. Kommunalpolitik

Neben den Betrieben sind die Kommunen der zweite Schwerpunkt unserer Arbeit. Hier entwickeln wir eine auf die Interessen der Arbeiterklasse und der im Gegensatz zu den Monopolen stehenden Bündnisschichten

ausgerichtete Politik. Klassenkampf von oben führt zum Abwälzen von Krisenlasten. Die Folgen sind Kürzungen, Stellenabbau, Schließung von Einrichtungen und Privatisierung. In den Kommunen bilden sich Armutsquartiere. Die Städtebau- und Verkehrspolitik wird immer mehr den Interessen der Konzerne und der sogenannten „Leistungsträger“ untergeordnet. Schulen verrotten, die Versorgung mit Lehrkräften und Lernmitteln wird zunehmend katastrophal. Die Luxussanierung in Wohngebieten verdrängt Mieterinnen und Mieter, Armut soll in den Innenstädten nicht sichtbar sein. Mieten und Nebenkosten steigen, Zwangsräumungen nehmen zu. Wir kämpfen um das Menschenrecht auf bezahlbaren Wohnraum. Wohnen ist ein Menschenrecht.

Wir kämpfen um ausreichenden, preiswerten und bezahlbaren Wohnraum für alle und eine den Aufgaben angemessene Finanzausstattung der Kommunen. Diese muss mindestens leistungsfähige und attraktive Einrichtungen der Daseinsvorsorge in öffentlichem Eigentum, kostenlosen und wohnortnahen Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen und zu Einrichtungen des Breitensports und der Breitenkultur für alle sowie die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs absichern. Wir kämpfen gegen Mietwucher, Spekulation, gegen jede Gebührenerhöhung und jede Form der Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen.

Wir unterstützen die Forderungen von Gewerkschaften und Künstlervereinigungen nach tariflicher Absicherung der Einkommen und Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende. Orchester, Schauspielhäuser, Galerien und Museen brauchen qualifiziertes und engagiertes Personal. Privatisierung, Wegfall der Tarifbindung und Dumping-Löhne zerstören die Bedingungen für künstlerisches Schaffen und müssen gemeinsam verhindert werden.

Für ebenso berechtigt und notwendig halten wir die Forderungen des deutschen Kulturrats nach Förderung kultureller Vielfalt und Ausbau der kulturellen Infrastruktur. Statt Kahlschlag in den Kommunen brauchen wir Kulturzentren in Städten und Gemeinden, Freiräume für kulturelle und gesellschaftliche Betätigung müssen geschaffen werden. Deshalb ist die kulturelle Bildung ein wichtiger Bestandteil der Bildungspolitik unserer Partei.

3. Sozialpolitik

Der Kampf gegen Prekarisierung, Ausgrenzung und Armut muss eine viel größere Rolle spielen. Immer größere Teile der Arbeiterklasse sind dauerhaft von Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung mit allen sozialen und gesundheitlichen Folgen betroffen. Auch dies vertieft die Spaltung der Klasse, unterhöhlt die Kampfkraft. Der Kampf um eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse muss daher stärker in den Vordergrund gerückt werden. Wir werden in den Gewerkschaften um diese Positionen ringen.

Die Rente mit 67 und die sogenannte „Agenda 2010“ mit den Hartz-Gesetzen haben die Lage der Arbeiterklasse und die Kampfbedingung der Arbeiterbewegung drastisch verschlechtert. Die Rente mit 67 ist vor allem eine Reduzierung der Rente. Die „Agenda 2010“ richtet sich gegen Erwerbslose und dient als Druckmittel, das die Kampfkraft der Arbeiterklasse zusätzlich schwächt und die Spaltung der Klasse vertieft. Wir kämpfen für die Rücknahme der Rente mit 67 und der Agenda 2010. Wir kämpfen gegen neue Pläne zum weiteren Kahlschlag.

Der Abbau im Gesundheitswesen ist dramatisch. Die rigide Unterordnung des Gesundheitswesens unter das Profitprinzip und die Durchsetzung von Privatisierungs- und Monopolisierungsprozessen verschärfen die Zwei-Klassen-Medizin immer weiter. Gesundheitsleistungen sind zu einer normalen kapitalistischen Ware geworden – zu Lasten von Patienten und Beschäftigten.

Unser antifaschistischer Kampf

Unser antifaschistischer Kampf kann und darf sich nicht auf den Kampf gegen Aktionen von Faschisten und gegen das Verbreiten ihrer Ideologie reduzieren. Wir bekämpfen die allgemeine Rechtsentwicklung und verbinden unsere Aktivitäten gegen rechts mit dem Kampf gegen sozialen Kahlschlag. Denn Rechtsentwicklung und Faschismus dienen der Spaltung der Beherrschten, ebnet damit den Weg für die Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals. Wir kämpfen um das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands und verteidigen das antifaschistische Erbe der DDR.

Faschisten werden von den reaktionärsten Teilen der Bourgeoisie und ihren Vertretern im bürgerlichen Staatsapparat gebraucht. Während die Bourgeoisie weitere Schichten der Arbeiterklasse sowie des Kleinbürgertums in die Armut treibt und soziale und demokratische Rechte außer Kraft setzt, übernehmen Faschisten die Aufgabe, deren berechnete Unzufriedenheit und Wut mit sozialer Demagogie zu kanalisieren, von den eigentlich Verantwortlichen durch Spaltung der Betroffenen abzulenken und antikapitalistische Schlussfolgerungen durch nationalistische und chauvinistische Hetze zu verhindern. Sie wirken systemstabilisierend.

Faschisten dienen zudem den reaktionärsten Teilen des Großkapitals als Drohpotential gegenüber Kräften, die Widerstand gegen Lohn- und Sozialraub und die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse leisten, zur Ablenkung und Kräftebindung für fortschrittliche Kräfte, als Stichwortgeber und Feigenblatt für reaktionäre Verschärfungen.

Der bürgerliche Staat braucht zur Systemstabilisierung Faschisten und rechte Demagogen. Während die Bourgeoisie weitere Schichten der Arbeiterklasse in die Armut treibt und soziale und demokratische Rechte außer Kraft setzt, kanalisieren zum Beispiel Pegida, AfD und klassische Faschisten mit ihrer sozialen Demagogie die berechnete Unzufriedenheit und Wut in Bahnen, die für das Kapital nicht gefährlich sind. Vor allem Bewegungen und Parteien, die nach außen bürgerlich und „harmlos“ auftreten, schaffen es, Menschen mit diffuser Unzufriedenheit am herrschenden System in eine nationalistische und chauvinistische Richtung zu beeinflussen. Durch die mediale Aufmerksamkeit verschiebt sich der gesamte gesellschaftliche Grundkonsens weiter nach rechts und so dienen diese Bewegungen und Parteien als Stichwortgeber beispielsweise für die Verschärfung der Asylgesetzgebung. Dazu dienen Faschisten als politische Reserve für die reaktionärsten Teile des Großkapitals für den Fall, dass das System ins Wanken gerät.

Faschisten sind keine Antikapitalisten, wie sie gerne weismachen wollen – im Gegenteil! Als Kommunistinnen und Kommunisten klären wir über den Zusammenhang von Kapitalismus/Imperialismus und Faschismus auf. Wir verstehen Faschismus als reaktionärste Form bürgerlicher Herrschaft, zu der das Kapital greift, wenn seine Herrschaft akut bedroht ist bzw. wenn von ihm als unverzichtbar angesehene Ziele im Rahmen der bürgerlichen Demokratie nicht zu verwirklichen sind. Wir machen deutlich, dass Faschismus an der Macht die offen terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ist.

Faschisten nutzen die Flucht von Menschen rassistisch aus. Sie können dabei an Vorurteile anknüpfen, die bis hinein in die Mittelschichten und die Arbeiterklasse verbreitet sind. Wir klären darüber auf, dass der Kapitalismus/Imperialismus die letzte Ursache für millionenfache Flucht und Vertreibung ist. Flüchtlinge brauchen ein unbeschränktes Bleiberecht; das Asylrecht muss ohne jegliche Einschränkung wiederhergestellt werden. Damit die Aufnahme von Flüchtlingen nicht die bereits bestehenden Probleme wie Wohnungsknappheit und Mietenexplosion, fehlende Kitaplätze, überfüllte Schulklassen verschärft und zu einer verstärkten Polarisierung zwischen Einheimischen und Flüchtlingen führt, klären wir über die wahren Ursachen dieser Probleme im Kapitalismus auf. Wir formulieren das gemeinsame Interesse von deutscher Arbeiterklasse und Geflüchteten.

- Es gibt kein Recht auf die Verbreitung von Kriegshetze, Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, deswegen sagen wir:
- Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

Wo Nazis agieren, ist Widerstand Pflicht! Keine Straße, keinen Platz, keinen Sitz im Parlament, kein öffentliches Auftreten den Faschisten und Rassisten!

- Wir fordern die Auflösung aller faschistischen Organisationen und das Verbot ihrer Propaganda, wie es im Potsdamer Abkommen festgelegt wurde.

Um wirksamen Widerstand gegen Faschisten zu entwickeln, brauchen wir möglichst breite Bündnisse ohne Ausgrenzung. Das haben die erfolgreichen Massenblockaden in Dresden und anderen Städten gezeigt, bei denen bürgerliche bis hin zu autonom-antifaschistischen Kräften und nicht zuletzt Gewerkschaften zusammen agiert haben.

Als DKP treten wir gegen die Versuche auf, Antifaschistinnen und Antifaschisten anhand verschiedener Kampfformen zu spalten und gegeneinander auszuspielen und weisen die Kriminalisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten zurück. Entschieden lehnen wir die Totalitarismus-Theorie ab und alle Versuche der Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus/Kommunismus.

Auch der Ausbau des Überwachungsstaates ist die Vorbereitung auf möglichen Widerstand gegen die reaktionäre Politik der Herrschenden. Die Erfahrungen mit dem ersten NPD-Verbotsprozess und dem mit staatlicher Duldung und Finanzierung operierenden Terrornetzwerk NSU zeigen, dass Antifaschistinnen und Antifaschisten niemals auf Geheimdienste und staatliche Repressionsorgane vertrauen dürfen. Wir kämpfen gegen den Überwachungsstaat und dessen Ausbau, wir fordern die Auflösung der Geheimdienste BND, MAD und Verfassungsschutz und der geheimdienstlichen Strukturen bei Polizei und Bundespolizei.

Stärkt die DKP!

Das alles können wir nur tun, wenn wir gleichzeitig an der Stärkung unserer Partei arbeiten. Wir sind derzeit nicht flächendeckend aktions- und kampagnenfähig, wir sind zu wenige und oft überaltert. Der Anteil der Genossinnen in der Mitgliedschaft ist zu gering. Das wollen und müssen wir ändern.

Wir müssen mehr Menschen von der Notwendigkeit einer starken kommunistischen Partei überzeugen. Sie

ist die entscheidende Voraussetzung für die Verbreitung von sozialistischem Klassenbewusstsein.

Dafür gibt es neue Chancen und Möglichkeiten. Es gibt sie unter Jugendlichen, die im Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sehen und nach Alternativen suchen. Der Zusammenarbeit mit der uns eng verbundenen SDAJ kommt hier eine zentrale Bedeutung zu.

Für die Zukunft der DKP ist die Entwicklung der Grundorganisationen eine Schlüsselfrage. In den Grundorganisationen findet die Diskussion und Umsetzung der gemeinsam beschlossenen Politik statt. Im praktischen Klassenkampf erweist und bewährt sich die Entwicklung zum Kommunisten und zur Kommunistin.

Die Grundorganisationen sind in ihrem Organisationsgrad sehr unterschiedlich entwickelt. Sie können sich nur entwickeln, wenn örtliche und zentrale Schwerpunkte miteinander in Einklang gebracht werden und eine Unterstützung und Anleitung durch die übergeordneten Leitungen erfolgt. Dazu bedarf es der vertieften Erarbeitung inhaltlicher Positionen und des gezielten Aufbaus qualifizierter Kader. Wir beschließen bundesweit eine gemeinsame politische Orientierung und setzen sie angepasst an die örtlichen Bedingungen um. Die Aufgabe der Vermittlung und das Übertragen der bundesweiten Beschlüsse auf die Bedingungen vor Ort erledigen die Kreis- und Bezirksorganisationen. Gleichzeitig organisieren sie die Diskussion innerhalb der Partei. Dadurch leiten sie die darunterliegenden Ebenen an. Unterstützung und Anleitung erfordern eine verbesserte Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen unserer Partei. Politik wird nicht nur von „oben nach unten“ entwickelt, sondern die Grundeinheiten tragen mit ihrer tagtäglichen Praxis eine hohe Verantwortung dafür, dass diese Praxis verallgemeinert werden kann, in die Strategie der Gesamtpartei einfließt und somit zum Kriterium der zentral entwickelten Politik wird. Das ist die beste Möglichkeit, unsere Partei zu stärken und schrittweise zu entwickeln.

Freiheit der Diskussion, Einheit in der Aktion – dies ist eine Bedingung dafür, dass der Meinungsstreit mittels des Kriteriums der Praxis zu Erkenntnisfortschritten führen kann. Da sich die objektive Realität ständig entwickelt, müssen täglich neue Erscheinungen von uns politisch bewertet werden. Dafür brauchen wir klassenkämpferische Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse.

Einen besonderen Stellenwert hat unsere Bildungspolitik. Ihr Schwerpunkt muss auf der Vermittlung von Grundlagen unserer Weltanschauung in der Breite der Partei mit Hilfe der Bezirksorganisationen liegen.

Wir müssen den Kampf um die Gewinnung neuer Mitglieder organisiert angehen, denn wir brauchen eine stärkere Partei für die „Bildung des Proletariats zur Klasse, den Sturz der Bourgeoisie-Herrschaft und die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“ (Manifest der Kommunistischen Partei)

(Angenommen bei 123 Ja-Stimmen, 41 Nein-Stimmen)

21. Parteitag der DKP

14./15. November 2015

Haus der Jugend

Deuschherrnufer 12, 60594 Frankfurt am Main

Handlungsorientierung

Auf der Grundlage des vom 21. Parteitag verabschiedeten Leitantrages beschließt der Parteitag die folgende Handlungsorientierung. Wir geben darin eine grundlegende Orientierung für die nächsten zwei Jahre und nehmen bewusst eine politische Schwerpunktsetzung für die Gesamtpartei vor.

Wir erleben immer deutlicher die Folgen der Austeritätspolitik der Herrschenden, des Sozial- und Demokratieabbaus in Europa und im eigenen Land, die Kluft zwischen Armen und Reichen wächst immer stärker. In dieser Situation erhalten Rechtspopulisten und offene Faschisten in vielen Ländern Europas Zustimmung und Zulauf. Die Kriegsgefahr wächst – auch mitten in Europa. Dagegen muss der Widerstand stärker werden.

Wir setzen mit dieser Handlungsorientierung den politischen Schwerpunkt auf die Friedens- und antifaschistische Arbeit. Das bedeutet nicht, dass andere Politikfelder liegen bleiben und auch nicht, dass Grundorganisationen keine anderen Themen bearbeiten.

Wir beschränken uns im Weiteren in diesem Zusammenhang jedoch auf das Benennen unserer Kampffelder – Betrieb und Kommune – und der Hauptaufgaben darin sowie auf wenige organisationspolitische Maßnahmen, die vor allem darauf zielen, unsere Grundorganisationen zu stärken.

1. Grundlegende Orientierung für die kommenden zwei Jahre

Im Entwurf des Leitantrags an den 21. Parteitag stellen wir fest, dass wir uns auf eine steigende Aggressivität des deutschen Imperialismus nach innen und außen einstellen müssen. Der deutsche Imperialismus will „weltweit eine größere Verantwortung“ übernehmen und diese auch mit militärischen Mitteln durchsetzen. Die Kriegsgefahr wächst. Sie geht momentan von den USA und der NATO, der NATO-Osterweiterung und dem Versuch, Russland einzukreisen, aus. Deutschland ist an dieser Zuspitzung führend beteiligt.

Neben der Militarisierung nach innen und außen werden die Tendenzen hin zu einem autoritären Staatsumbau mit der Folge des massiven weiteren Sozial- und Demokratieabbaus vorangetrieben. Neofaschisten werden nicht bekämpft, sondern als systemstabilisierende Kraft mindestens in Kauf genommen und vom reaktionärsten Teil des Monopolkapitals als Reserve vorgehalten, sollte das derzeitige bürgerlich-parlamentarische Herrschaftssystem in eine größere Krise geraten.

Auf diese Offensive des Imperialismus mit all ihren Gefahren ist die deutsche Arbeiterklasse nicht vorbereitet. Es ist dem Kapital weitgehend gelungen, sie zu spalten und wichtige Teile einzubinden.

Die DKP konzentriert ihre Kraft deshalb in den kommenden zwei Jahren auf das Stärken des antimilitaristischen Kampfes, der Friedens- und der antifaschistischen Bewegung. Sie wirkt für einen engen organisatorischen und politischen Schulterschluss zwischen antifaschistischen Kräften und der Friedensbewegung im Kampf gegen imperialistische Kriege, Faschismus und Nationalismus. Sie richtet sich konsequent gegen die Spaltung der Friedensbewegung und antifaschistischer Bündnisse durch reaktionäre und proimperialistische Kräfte jeglicher Spielart.

Diese Bewegung kann nur Kraft gewinnen, wenn nennenswerte Teile der Arbeiterklasse gewonnen werden. Die Mitglieder der DKP wirken deshalb in den DGB-Gewerkschaften und Betrieben im Sinne der Aktionseinheit auf eine Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen an Aktivitäten der Friedens- und antifaschistischen Bewegung hin. Wir orientieren innerhalb der Gewerkschaften darauf, Arbeitskämpfe zu bündeln und zu koordinieren. Die gemeinsamen Erfahrungen des Widerstandes nutzen wir für die Agitation gegen Standortdenken und Konkurrenz, gegen rassistische und nationalistische Spaltungsversuche, für solidarischen Widerstand gegen die Angriffe des Kapitals und dessen Ziel, die Folgen der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Wir machen in den Auseinandersetzungen deutlich, dass Krise, Faschismus und Krieg ebenso ihren Ursprung im Kapitalismus haben wie Standortverlagerung, Personalabbau und Massenarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Lohndumping und Tariffucht. Die DKP wirkt dafür, dass die Ideen der Arbeiterbewegung und der klassenorientierten Kräfte größeren Einfluss gewinnen und sich Antimilitarismus und Antifaschismus gegenüber reaktionären, sexistischen, militaristischen, rassistischen und neofaschistischen Vorstellungen in der Gesellschaft der als hegemoniefähig erweisen.

Die DKP zeichnet sich dadurch aus, auch im Kampf für den Frieden und gegen den Faschismus „die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung“ (Manifest der Kommunistischen Partei) hervorzuheben.

Wir bemühen uns, innerhalb von Bündnissen und Bewegungen die Zusammenhänge von Imperialismus und Krieg, Krieg und Flüchtlingspolitik, Militarisierung und Verschlechterung der Lebensbedingungen zu erläutern und bewusst zu machen.

Die DKP lässt sich weiterhin davon leiten, dass es zur dauerhaften Aufgabe der revolutionären Arbeiterbewegung gehört und Teil ihres allgemeinen Kampfes ist, eine eigenständige internationale Politik zu betreiben, „in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken“ und „die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen.“ (Karl Marx)

Maßnahmen:

Höhepunkte dieser Konzentration auf den Friedens- und antifaschistischen Kampf sind für die Gesamtpartei das 19. UZ-Pressefest, das wir als Fest des Friedens und des Antifaschismus durchführen, sowie die Beteiligung an den Bundestagswahlen 2017 mit einem Wahlkampf gegen Kriegstreiber und den Einzug neofaschistischer und rassistischer Parteien in das Parlament.

Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Grundeinheiten darüber hinaus auf eigenständige Aktivitäten unter anderem in der Kommune und die Aktivitäten der Friedensbewegung wie die Ostermärsche, Aktionen am Antikriegstag und am 8. Mai und auf Aktionen

- gegen Kriege und die Kriegspolitik der NATO, der USA, EU und vor allem der Bundesregierung;
- gegen den weiteren Verbleib Deutschlands im NATO-Pakt und für dessen Auflösung. Der Austritt ist juristisch laut Artikel 13 des Nordatlantikvertrags durch eine einseitige Erklärung der deutschen Regierung gegenüber der Regierung der USA binnen eines Jahres möglich. Er muss gleichzeitig mit massiver Abrüstung der Bundeswehr, der sofortigen Beendigung aller Auslandseinsätze sowie der sofortigen Einstellung des heimtückischen Drohnenkriegs verbunden werden;
- gegen NATO-, US- und Bundeswehrstandorte, von denen wie in Kalkar oder Ramstein der Krieg unmittelbar unterstützt oder geplant wird; gegen die Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden. Sie sieht Formen des zivilen Ungehorsams wie Besetzungen von Truppenübungsplätzen oder Blockaden von Kriegsstandorten als wirksames Mittel des Widerstandes und tritt der Spaltung von Friedenskräften in der Frage der Aktionsformen entgegen;
- gegen die Werbung der Bundeswehr in Schulen und Arbeitsämtern und gegen militaristische Spektakel wie öffentliche Gelöbnisse und Bundeswehr-Propagandaschauen;
- gegen die anhaltende Unterstützung des ukrainischen Regimes durch die NATO- und EU-Staaten und insbesondere die Bundesregierung. Die DKP wirbt für die Solidarität mit der Kommunistischen Partei der Ukraine und anderen kommunistischen, fortschrittlichen und antifaschistischen Kräften in der Ukraine und in den Volksrepubliken im Donbass. Sie wirbt für die Anerkennung der objektiv friedenssichernden Politik Russlands gegen die NATO-Aggression.

Die DKP ruft ihre Mitglieder besonders dazu auf, in und vor Betrieben gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr gegen Rüstungsproduktion sowie Rüstungsexporte und stattdessen für Konversion gegen jeglichen Schulterchluss von Gewerkschaften mit der Bundeswehr aufzutreten und wird dafür entsprechende Aktionsformen und Materialien entwickeln.

Die DKP

- berät entsprechend der Diskussion auf der Vier-Parteien-Konferenz 2014 in Aachen mit den Kommunistischen Parteien Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande über eine grenzübergreifende Aktion Ostern 2016 gegen atomare Bewaffnung;
- erstellt ein Bildungsmaterial „Antimilitarismus in der Geschichte der Arbeiterbewegung – aktuelle Lehren“;
- beteiligt sich an Konferenzen und Treffen der Friedensbewegung wie dem Kasseler Friedensratschlag und bringt ihre Positionen ein;
- gründet eine Friedenspolitische Kommission des Parteivorstandes, um den Aufgaben gerecht zu werden.

Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Grundeinheiten auf eigenständige Aktivitäten in der Kommune und die Aktivitäten der antifaschistischen Bewegung wie Proteste und Blockaden gegen neofaschistische und

rassistische Aufmärsche. Sie lässt sich dabei von folgenden Grundsätzen leiten:

- Verbot und der Zerschlagung aller neofaschistischen Parteien und Organisationen sowie die Auflösung von Verfassungsschutz und anderer Geheimdienste auf Grundlage des Potsdamer Abkommens.
- Solidarität mit den nach Deutschland kommenden Flüchtlingen – gegen neofaschistische Hetze und Übergriffe sowie gegen staatliche Repression in Form von Arbeitsverboten, Residenzpflicht, das Vorenthalten gesundheitlicher Versorgung und die Unterbringung in menschenunwürdigen Unterkünften, gegen Sondergesetze und das rassistische Grenzregime der EU.
- Wahrung und Würdigung des antifaschistischen Erbes der Deutschen Demokratischen Republik und der Leistungen der Sowjetunion bei der Befreiung vom deutschen Faschismus. Der 8. Mai soll gesetzlicher Feiertag werden.
- Die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA in allen Bundesländern ist zu wahren.
- Ablehnung von Geschichtsrevisionismus, der Verfälschung und Umdeutung der Geschichte, und der Totalitarismuskonzeption.
- Unterstützung der Aktivitäten der Initiative „40 Jahre Radikalerlass“ und ihrer Ausstellung. Insbesondere den jungen Menschen soll damit vor Augen geführt werden, dass der Demokratie in diesem Staat enge Grenzen gesetzt sind, wir aber dagegen kämpfen können.
- Die DKP tritt der Spaltung von antifaschistischen Bündnissen in der Frage der Aktionsformen entgegen. Sie tritt auch ein für vielfältige Formen des zivilen Ungehorsams als wirksames Mittel des Widerstandes. Dazu zählen auch Massenblockaden.

2. Unsere Kampffelder

Die Kampffelder der DKP sind der Betrieb und die Kommune, dort wo die Menschen leben und arbeiten und den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit direkt erleben. Hier wirken unsere Grundeinheiten – heute zumeist Wohngruppen –, greifen in politische Konflikte ein, unterstützen und initiieren Widerstand und schaffen sich ein Umfeld.

Betrieb & Gewerkschaft

Heute verfügt die DKP nur noch über sehr wenige Betriebsgruppen. In einer Reihe von Städten wirkt sie mit Betriebszeitungen vor den Werkstätten. Viele unserer Mitglieder sind aktiv in den DGB-Gewerkschaften, nehmen gewerkschaftliche Funktionen wahr und zum Beispiel an Gewerkschaftskonferenzen und -tagen teil. Es ist allerdings nicht gelungen, diese Genossinnen und Genossen kontinuierlich zu unterstützen, ihre Arbeit zu koordinieren und einen Erfahrungsaustausch zu organisieren.

Wir müssen wieder die Fähigkeit gewinnen, betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe voranzutreiben und in sie einzugreifen. Dazu müssen zum einen Genossinnen und Genossen mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionen besser in ihren Grundeinheiten unterstützt werden. Zum anderen müssen wir als Partei unsere Strukturen und die Öffentlichkeitsarbeit weiterentwickeln, das heißt die Zahl der Betriebszeitungen, aber auch der Betriebsaktivisten, Betriebsgruppen und in Perspektive der Betriebsgruppen, merkbar erhöhen. Zu entscheidenden Themen müssen wir schneller und auf der Basis unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung Positionen entwickeln.

Maßnahmen

Die bestehenden Strukturen im Bereich Betrieb & Gewerkschaft werden gefestigt und neue werden aufgebaut. Dazu wird in allen Gliederungen und auf allen Ebenen festgestellt, in welchen Branchen und Betrieben unsere Genossinnen und Genossen tätig sind. Sofern eine Mindestanzahl vorhanden ist, wird geprüft, ob es sinnvoll ist, diese Genossinnen und Genossen in neue Grundorganisationen zusammenzuführen. Im Falle von Neugründungen muss eine Unterstützung durch die Leitungen organisiert werden. Langfristig richten wir unser Augenmerk auf die Großbetriebe der materiellen Produktion mit dem Kern der Arbeiterklasse. Hier finden wir die Hauptstütze des Exportweltmeisters BRD mit der opportunistischen Konzeption der Standortlogik und der Einbindung der Stammbesitzer. Die Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik entwickelt einen Maßnahmenplan, wie wir uns langfristig hier wieder verankern können. Dazu gehört, dass jede Grundorganisation prüft, welchen Schwerpunktbetrieb sie in ihrem Bereich für Betriebsverteilungen und Kontakte auswählt.

Den in Betrieb und Gewerkschaft tätigen Genossinnen und Genossen wird durch Seminare und Ratschläge sowohl zu theoretischen Fragen als auch zu praktischen Lösungsansätzen das entsprechende Werkzeug an die Hand gegeben.

Für die Genossinnen und Genossen, die in Betrieben und Gewerkschaften aktiv sind, organisieren wir auf allen Ebenen kollektive Unterstützung und Begleitung. Dies fängt bei den Grundeinheiten an und setzt sich über die Kreise und Bezirke bis zum Parteivorstand fort.

Auf allen Ebenen findet ein regelmäßiger Austausch zu Problemen, Aufgaben und politischer Orientierung der betrieblich Aktiven statt. Auf Ebene der Grundeinheiten wird regelmäßig bei den Mitgliederversammlungen über die Situation in den Betrieben, Betriebsräten und gewerkschaftlichen Gremien berichtet und darüber diskutiert, wie wir als Kommunisten dafür sorgen, dass Illusionen in sozialpartnerschaftliche Strategien zurückgewiesen werden und stattdessen die Kolleginnen und Kollegen ihre Interessen selbst gemeinsam in die Hand nehmen und die Kapitalseite als Gegner erkennen. Dabei weisen wir immer wieder darauf hin, dass uns vor den Angriffen der Kapitalisten nur der Bruch mit dem Kapitalismus und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft schützt.

Wo wir in den Grundeinheiten keine betrieblichen Aktivisten haben, beteiligen wir uns von außen an betrieblichen Auseinandersetzungen, indem wir bei Arbeitskämpfen unterstützen und mit den Streikenden über die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Kämpfe diskutieren.

Ein zentrales Themenfeld wird die Änderung der Produktion in Betrieb und Verwaltung durch den Einsatz von Computern und Netzen sein, in deren Folge u. a. das Normalarbeitsverhältnis zerstört wird. Hier gilt es, Positionen und Forderungen zu entwickeln und diese in eine gesamtgesellschaftliche Diskussion mit einfließen zu lassen. Eine zentrale Forderung, nämlich die nach Arbeitszeitverkürzung und Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, ist schon heute in den Mittelpunkt zu stellen.

Angesichts der Zerstörung des Normalarbeitsverhältnisses und der massenhaften Ausgrenzung von Menschen aus dem Produktionsprozess mit den Folgen von Massenarmut müssen die von diesem Prozess besonders betroffenen Menschen stärker ins Blickfeld der Partei rücken. Es ist zu klären, wie es möglich ist, ihnen die Ursachen ihrer Situation bewusst zu machen, sie sozial und politisch zu organisieren.

Von der Veränderung der Arbeitswelt sind vor allem Frauen massiv betroffen, die jetzt schon überproportional oft in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt und von Altersarmut betroffen sind. Die DKP bezieht frauenpolitische Themen weiterhin in ihre konkrete Arbeit und in ihre Analysen ein.

Die DKP wendet sich gegen weitere Angriffe auf das Streikrecht. Sie orientiert darauf, dass ihre Mitglieder aktiv in Tarifbewegungen auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene eingreifen, um die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse in ökonomischen Klassenkämpfen zu stärken, zur Formierung von Klassenbewusstsein beizutragen und die organisatorische Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse voranzutreiben. Dabei erhalten Tarifauseinandersetzungen in Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge eine besondere Bedeutung, u. a. weil die unmittelbaren Interessen der Belegschaften in Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge mit den Interessen breiter Bevölkerungsteile objektiv eine Einheit bilden. Sie sind damit ein Hebel für die Herausbildung antimonopolistischer Bündnisse. Zudem bieten sie für Gliederungen der Partei ohne oder mit geringer Verankerung im Betrieb durch Solidaritätsaktionen in den Kommunen die Möglichkeit, Tarifbewegungen zu unterstützen. Der Parteivorstand wird beauftragt, ein gemeinsames Agieren der Partei in Tarifbewegungen der Öffentlichen Daseinsvorsorge – wenn möglich in Abstimmung mit der SDAJ – abzusichern. Das beinhaltet neben der Beratung und Orientierung auch das Absichern von Öffentlichkeitsmaterialien, um ein Agieren der Grundeinheiten vor Ort zu erleichtern.

Kommunalpolitik

In den Städten und Kommunen bilden sich unter anderem durch Massen-, Kinder- und Altersarmut, durch Wohnungsnot und eine Jugend ohne Perspektive Armutsviertel und Ghettos. Dort, wo die Kommunen als Optionskommunen auch die Verwaltung der Agenda-2010-Folgen übernommen haben, verwalten sie diesen schärfsten Angriff der letzten Jahre auf die Lage der arbeitenden Menschen. Die Kommunen sind das zweite Kampffeld unserer antimonopolistischen Politik.

Unsere Wohngebietsgruppen und Ratsmitglieder wirken dort, wo sich die Auswirkungen von Ausgrenzung und Zerstörung der Produktivkraft Mensch niederschlagen. Die Stadtentwicklung, die sich an den Interessen der Reichen, der sogenannten „Leistungsträger“ orientiert, verschärft die Situation zusätzlich.

Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Grundorganisationen darauf,

- die Menschen in den Städten und Gemeinden gegen die Ausgrenzung und das Abwälzen der Krisenlasten, gegen den Kahlschlag in allen Bereichen (Wohnen, Kultur, Sport, Soziales, Nahverkehr etc.) und Privatisierungen zu mobilisieren und mit ihnen aktiv zu werden. Wir entlarven die sogenannten „Schuldenbremsen“, aber auch die angeblichen Schutzschirme und Stärkungspakte für Kommunen als Bestandteile der Umverteilungspolitik, des Klassenkampfes von oben.
- Widerstand in den Verwaltungen und kommunalen Betrieben gegen Arbeitsplatzabbau, Prekarisierung

und Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen zu unterstützen und die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger zu organisieren.

- Mieterbewegungen zu unterstützen, aktiv gegen Zwangsumzüge zu werden und sich für die Überführung der großen Wohnungsgesellschaften in öffentliches Eigentum, die Einführung von Obergrenzen für Miete und Nebenkosten einzusetzen.

Maßnahmen

- Für kommunale Mandatsträger und kommunalpolitisch interessierte Genossinnen und Genossen werden Seminare zu theoretischen und praktischen Fragen angeboten. Dazu gehört auch das Erstellen von Öffentlichkeitsmaterialien.
- In allen Grundorganisationen werden im Rahmen der Arbeitsplan-Diskussionen die Möglichkeiten des kommunalpolitischen Eingreifens geprüft.
- Gruppen in Großstädten prüfen die Möglichkeit der Bildung eines kommunalpolitischen Schwerpunktes in einem Stadtteil oder einem Wohngebiet. Dabei ist zu beachten, dass dies ein Schwerpunkt der gesamten Gruppe ist.
- Eine zu entwickelnde kommunalpolitische Schwerpunktsetzung wird eingebunden in Überlegungen zu einer Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit. Infostände, Veranstaltungen sowie die Herausgabe einer Kleinzeitung werden geprüft.
- Bei anstehenden Kommunalwahlen sollte in Gruppen und Kreisen kollektiv diskutiert und geprüft werden, wer als Kandidatin/Kandidat zur Verfügung steht. Dabei sind unterschiedliche Kandidaturformen denkbar.
- Der Parteivorstand organisiert mindestens einen Kommunalpolitischen Ratschlag, um den Erfahrungsaustausch zu organisieren. Solche Ratschläge sollen auch auf Bezirksebene regelmäßig durchgeführt werden.

Maßnahmen zur Stärkung der Partei

Der Mitgliedsbuchumtausch 2013/2014 hat deutlich gemacht, dass wir nicht weiter machen können wie bisher. Die Mitgliederzahl sinkt kontinuierlich. Dieser Trend muss gestoppt werden. Für das Gewinnen neuer Mitglieder sind das Eingreifen vor Ort, die Aktivität der Gruppen und ihre Öffentlichkeitsarbeit entscheidend.

Nicht alle Grundorganisationen sind in der Lage, eigenständig Politik zu entwickeln in dem Sinne, dass sie Probleme in ihren Kampffeldern – Betrieb und Kommune – aufgreifen, öffentlich machen, eine Position dazu entwickeln und Widerstand mit den Betroffenen entwickeln bzw. diesen unterstützen. Deshalb konzentriert sich die Leitungstätigkeit im organisationspolitischen Bereich auf die Stärkung unserer Grundorganisationen. Dabei wissen wir, dass die Gruppen sehr unterschiedlich sind und es keine für alle Gruppen gültigen Patentrezepte gibt. Es gilt: Jeder noch so kleine Schritt nach vorne ist ein Fortschritt.

Kriterien für eine stabile Gruppe sind eine kollektive Leitung, eine Arbeitsplanung, regelmäßige Kassierung, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, ist eine solidarische Diskussion der Politikentwicklung. Wir wollen in dieser Phase ein Hauptaugenmerk auf die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit legen.

Öffentlichkeitsarbeit

Wesentliches Instrument unserer Öffentlichkeitsarbeit ist unsere Zeitung, die UZ, die bei der Arbeit der Gruppen ebenso wie der Internetauftritt der Partei eine größere Rolle spielen muss. Zielsetzung in der Öffentlichkeitsarbeit ist es, ein Grundrepertoire an Instrumenten zu entwickeln, mit denen die Grundgliederungen regelmäßig in politische Kämpfe vor Ort eingreifen können. Der Parteivorstand stellt dafür einerseits zentrale Materialien zur Verfügung und gibt den Grundgliederungen andererseits auch Hilfestellungen zur Entwicklung eigenständiger Öffentlichkeitsarbeit. Unter eigenständiger Öffentlichkeitsarbeit verstehen wir:

Eigene Publikationen

Zielsetzung ist, dass jede Grundgliederung in der Lage ist, eigene Publikationen zu erstellen. Je nach Ausgangssituation geht es um das Erstellen eigener Flugblätter bis hin zum Aufbau einer regelmäßig erscheinenden Kleinzeitung mit regionalen Schwerpunkten. Der Parteivorstand entwickelt Standardvorlagen für Flugblätter und bietet Schulungen an, die redaktionelle und technische Fähigkeiten vermitteln.

Eigene Internetpräsenz

Zielsetzung ist, dass jede Grundgliederung über eine eigene Internetpräsenz verfügt und ohne weitergehende Programmierkenntnisse in der Lage ist, die Seite regelmäßig zu pflegen. Der Parteivorstand entwickelt einen entsprechenden Seitenstandard und bietet eine Schulung zur Betreuung der Internetseiten an.

Eigene Veranstaltungen & Aktionen

Zielsetzung ist, dass jede Grundgliederung in der Lage ist, eigenständig und regelmäßig Veranstaltungen auszurichten und mit eigenen Aktionen aufzutreten. Mindestens geht es um in regelmäßigen Abständen stattfindende öffentliche Gruppenabende mit einem Themenschwerpunkt, für die im Einzugsgebiet und bei Sympathisanten geworben wird. Für jede Grundgliederung gilt weiterhin die Zielsetzung, in regelmäßigen Abständen mit Infotischen und Aktionen auf der Straße zu sein.

Der Parteivorstand wird beauftragt

- in der UZ in regelmäßigen Abständen einen Themenschwerpunkt abzusichern, anhand dessen eine Diskussionsrunde in den Gruppen organisiert werden kann;
- Standardmaterialien für die Bewerbung von Stammtischen, Diskussionsrunden und Öffentlichen Gruppenabenden anzubieten;
- zu zentralen Vorhaben Leitfäden mit Aktions- und Veranstaltungskonzepten anzubieten;
- Materialien und eine Grundausrüstung für Infotische anzubieten.

Bildungsarbeit

In unserer marxistischen Parteibildung setzen wir drei Schwerpunkte:

- Eigenständige Bildungsarbeit der Gruppen, das heißt Durchführung der zentralen vom PV beschlossenen Bildungsthemen.
- Grundlagenschulung unserer Leitungsmitglieder in den Grundorganisationen mit der Zielstellung, dass möglichst viele Leitungsmitglieder eine Grundsicherung im Marxismus-Leninismus sowie ein Seminar zur Organisationspolitik durchlaufen. Der Parteivorstand wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Karl-Liebknecht-Schule ein entsprechendes Angebot – möglicherweise auch regional – zu realisieren.
- Erarbeitung von theoretischem Vorlauf für unsere Programm- und Politikentwicklung durch die Einrichtung von Arbeitsgruppen der zentralen Bildungskommission für die Schwerpunkte Klassenanalyse und wissenschaftlich-technische Revolution. Dazu wird die engere Zusammenarbeit mit befreundeten Einrichtungen wie den Marxistischen Blättern und der Marx-Engels-Stiftung gesucht.

Wegen der großen Bedeutung der Bildungsarbeit der Gruppen werden hierzu nachfolgend organisatorische und inhaltliche Erfordernisse festgelegt.

Organisatorische Maßnahmen:

Bezirke/Landesverbände

- Bezirke/Landesverbände/Koordinierungsräte bestimmen eine/n Bildungsverantwortliche/n.
- Die Bildungsarbeit der Gruppen wird unterstützt, angeleitet und ausgewertet.
- Die Bildungsarbeit in den Gruppen soll sich mit folgender Zielsetzung entwickeln:
- Jede Gruppe bestimmt einen Bildungsverantwortlichen.
- Die Bildungsarbeit ist Bestandteil des Jahresplanes der Gruppe.
- Bildungsveranstaltungen sind genauso wie die Gruppenabende für jedes Mitglied verbindlich.
- Die Bildungsverantwortlichen der Bezirke/Landesorganisationen/Koordinierungsräte werden in die Bildungskommission des PV delegiert und berichten über den Fortschritt der Bildungsarbeit in Gruppen und Bezirk/Land.

Bildungskommission

- Die Bildungskommission sammelt die Rechenschaftsberichte und Auswertungen der Bezirke/Landesverbände/Koordinierungsräte und analysiert die Bildungsarbeit in Gruppen und

Bezirken.

- Sie erstellt in kollektiver Arbeit zentrale Materialien und gibt Unterstützung/Anleitung.
- Sie informiert den Parteivorstand über die Bildungsarbeit der Partei.
- Sie erarbeitet gemeinsam mit der Karl-Liebknecht-Schule zentrale Schulungen und Konferenzen der Partei.

Die inhaltlichen Aufgaben für die Bildungsarbeit der Gruppen sind:

- Grundlagenschulung und Quellen

Ein zentraler Schwerpunkt ist die Entwicklung permanenter zyklischer Grundlagenschulungen auf Basis der letzten Studienthemen in methodisch und didaktisch ansprechender und zeitgemäßer Form.

Bisherige Schulungsthemen „Marxistisch-leninistische Theorie heute“:

Wie und womit erkennen wir unsere Welt? Herbst 2013 bis zum Frühjahr 2014

Wie erklären wir die Krise des kapitalistischen Systems? Herbst 2014 – Frühjahr 2015

Wie überwinden wir den Kapitalismus? Herbst 2015 – Frühjahr 2016

In Fortführung dieses seit dem 20. Parteitag aufgelegten Bildungsprogramms werden folgende Themen er- und bearbeitet:

Krieg und Militarismus

Faschismus. Lehren aus gestern und Gefahren von heute.

Für ein intensiveres Studium ist es des Weiteren notwendig ein Quellenverzeichnis zu erarbeiten. Die Klassikertexte sollten digital zugänglich sein und jede der Grundlagenschulungen sollte auf online verfügbare Materialien verweisen. So wird der Eigeninitiative bei der Weiterbildung der Gruppen geholfen.

Fragen und Probleme zu erkennen ist ebenso Bestandteil unserer Bildungsarbeit. Nach den Bildungsveranstaltungen der Gruppen werden Fragen offen bleiben. Auch werden Themen bekannt, für die eine tiefere Schulung notwendig ist. (z. B.: Charakter der EU, Sozialpartnerschaftliche Gewerkschaften, NATO, Islamhetze, usw.). Offene Fragen und ungelöste Widersprüche sollten dokumentiert und kollektiv ausgewertet werden.

Jugendarbeit

Neben der Stärkung unserer Gruppen sehen wir die Notwendigkeit aber auch Chancen, unter der Jugend und im Osten des Landes zu wirken.

Angesichts der dramatischen Lage der Jugend – Prekär ist das neue Normal – gehören die Jugendarbeit und der Kampf um die Rechte der Jugend zu unseren Hauptaufgaben. Sie können nur in enger Verbindung mit dem Jugendverband an unserer Seite, der SDAJ, gelöst werden.

Die Stärkung der SDAJ ist auch eine Aufgabe der DKP. Deshalb orientieren wir unsere jungen Mitglieder auf die Arbeit in der SDAJ. Wir wollen helfen, dass sich die SDAJ in der Fläche verbreiten kann. Dazu ist der Austausch zwischen DKP und SDAJ auf Bezirks- bzw. Landesebene besonders wichtig.

Maßnahmen:

- Die Bezirke bzw. Landesorganisationen benennen Verantwortliche für Jugendpolitik, die in der Jugendkommission mitarbeiten.
- Es findet ein Beratungstreffen der Jugendverantwortlichen der Bezirksorganisationen mit Mitgliedern des SDAJ-Bundesvorstandes und der SDAJ-Landesverbände statt zum Austausch über Gruppenneugründungen und den Aufbau von SDAJ-Strukturen.
- Die DKP unterstützt aktiv das Festival der Jugend 2017 und unterstützt einen attraktiven Jugendbereich auf dem 19. UZ-Pressesfest.
- 2018 werden DKP und SDAJ jeweils 50 Jahre. Dazu werden regional und überregional gemeinsame Veranstaltungen geplant. Bei einem möglichen Pressesfest im Geburtstagsjahr wird eine gemeinsame Feier vorbereitet.
- Austausch der Kommissionen des Parteivorstandes mit den entsprechenden Arbeitsgruppen des

SDAJ-Bundesvorstandes

- Weiterentwicklung der Berichterstattung zu Jugendfragen in der UZ (sowohl eigenständig, als auch in langfristiger Planung mit der SDAJ).
- Insbesondere dort, wo keine SDAJ-Gruppen vorhanden sind, werden Parteigliederungen angehalten, die POSITION (Magazin der SDAJ) nach Möglichkeiten zu verbreiten.
- Die DKP wirbt für die Mitgliedschaft im Verein Soja (Verein zur Förderung sozialistischer Kinder- und Jugendarbeit), um so auch die Arbeit der SDAJ finanziell zu unterstützen.
- Die DKP unterstützt im Falle des Beschlusses die Kampagne der SDAJ gegen Militarisierung, die auf dem kommenden Bundeskongress beschlossen werden soll. In diesem Zusammenhang organisiert der Parteivorstand gemeinsam mit der SDAJ einen jugendpolitischen Ratschlag.

Aufbau der DKP in Ostdeutschland

Seit der Annexion der Deutschen Demokratischen Republik durch die ehemalige Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1990 und den mit ihr einhergehenden gesellschaftlichen Einschnitten durch Abbau sozialer Rechte, Enteignung und Berufsverbote, Zerschlagung betrieblicher und gewerkschaftlicher Zusammenhänge ist es notwendiger denn je, die Arbeiterklasse auf Kassenkampf zu orientieren. In diesem Zusammenhang wurde es notwendig, die DKP auch auf den Osten der jetzigen BRD zur historisch notwendigen Tatsache werden zu lassen und zu etablieren.

Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Grundorganisationen im Osten darauf, die Menschen auf dem Territorium der DDR unter Bezugnahme vor allem der Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung wieder für die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu aktivieren und mit ihnen aktiv zu werden. Wir entlarven die Verteufelung und Delegitimierung der DDR und ihrer Errungenschaften als wesentliches Element der Machtabsicherung seit der Annexion der DDR und als Mittel, die Klasse und den Klassenkampf von unten ruhig zu stellen.

Priorität nach der Gründung neuer Landesverbände bzw. Überführung von bestehenden Koordinierungsräten in funktionierende Landesverbände ist deren Stabilisierung und Stärkung.

Neben der Stärkung unserer Gruppen sehen wir die Notwendigkeit, aber auch Chancen im Osten des Landes zu wirken. Im Osten des Landes gibt es ein großes Interesse an unserer Partei, das wir mit unseren unterentwickelten Strukturen nicht befriedigen können.

Der Parteivorstand wird beauftragt,

- mit den Genossinnen und Genossen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Bedingungen zu schaffen, die die Bildung von Landesorganisationen ermöglichen;
- eine Lesereise, wenn möglich in Zusammenarbeit mit der SDAJ, der jungen Welt und dem Rotfuchs mit der SDAJ-Broschüre „Ein anderes Deutschland war möglich“ zu organisieren;
- den Landtagswahlkampf der DKP in Mecklenburg-Vorpommern 2016 zu unterstützen.

(angenommen bei 133 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen)

Gemeinsam soziale und demokratische Rechte verteidigen

Resolution des 21. Parteitags der DKP

Mehr als 60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Aber nur eine Minderheit versucht auf dem Land- oder dem gefährlichen Seeweg nach Europa zu kommen.

Jene Menschen, die gezwungen werden ihre Länder verlassen, haben das grundlegende Menschenrecht – unabhängig davon, ob sie vor Krieg, Verfolgung, Diskriminierung oder Hunger und Elend fliehen -, hierher, also in die EU bzw. nach Deutschland, zu kommen. Verantwortlich für ihre Situation sind jene imperialistischen Staaten, die - wie auch Deutschland - durch Kriegsbeteiligungen zur Durchsetzung von Kapitalinteressen die Destabilisierung ganzer Regionen und die Zerstörung von Staaten in Kauf nehmen und reaktionäre Regimes unterstützen, deren Regierenden die Ausbeutung der Ressourcen der Entwicklungsländer und das Landgrabbing durch die großen Konzerne fördern und nicht unterbinden.

Unsere Solidarität als Kommunistinnen und Kommunisten gilt den Menschen, die in unser Land kommen, um hier Zuflucht und eine Zukunft zu finden.

Die Regierung tut so, als wäre der Zustrom – in einem der reichsten Länder der Welt - nicht zu bewältigen. Merkels „Wir schaffen das!“ war nur eine Floskel: Das Asylrecht wurde weiter verschärft. Jetzt sollen „Obergrenzen“ eingeführt werden, das Flughafenverfahren ausgeweitet werden, die Residenzpflicht verschärft, der Zuzug von Familienangehörigen aus Bürgerkriegsgebieten eingeschränkt werden usw.

Nur scheinbar steht dazu im Widerspruch, dass die Unternehmer seit Jahren über den angeblichen Fachkräftemangel klagen und der BDI erst kürzlich von der Kanzlerin forderte, endlich für die reibungslose Zufuhr ausländischer Arbeitskräfte zu sorgen - möglichst von hoch qualifizierten, für deren Ausbildung oft weder die Kapitaleseite selbst noch der Staat aufkommen mussten. Die anderen, die, die man nicht „braucht“, sollen gehen.

Die Arbeitskräfte, die bleiben können, sollen missbraucht werden, um die Konkurrenz unter den Beschäftigten im Profitinteresse der Konzerne zu erhöhen. Sie sollen als Druckmittel zur Zerschlagung tariflicher Regelungen eingesetzt werden, zur Aushebelung des Mindestlohns und um schlechtere Arbeitsbedingungen durchsetzen zu können. Das ist eine wesentliche Triebfeder der bundesdeutschen Asylpolitik.

Die, die das besonders vorantreiben, wollen eine andere Republik, ein Land nicht nur mit weniger Arbeiterrechten, mit weniger Demokratie, mit mehr Repression, sondern auch mit niedrigeren Sozialstandards. Sie brauchen dabei auch eine AfD, sie brauchen Pegida und Co. Denn die kanalisieren die Ängste vieler Menschen vor dem Arbeitsplatz- und Wohnungsverlust, vor dem weiteren sozialen Abstieg und lenken die Wut von Menschen auf die Zustände, unter denen sie leben, auf Fremde, Migranten und noch Ärmere ab.

Auch die Regierenden schüren Rassismus indem sie so tun, als müssten wir uns künftig die vorhandenen Schulen, den Wohnraum, die Sozialleistungen und die Arbeitsplätze mit jenen teilen, die jetzt in diesem Land Zuflucht suchen. Offen kündigen sie neue Kürzungen an, denn der Haushalt soll für die Mehrausgaben für Flüchtlinge nicht angetastet werden.

Dabei werden Angriffe auf Unterkünfte und Flüchtlinge offenbar in Kauf genommen, lässt man Rassisten meist ungehindert demonstrieren und versucht nicht selten mit Gewalt, Gegendemonstranten abzudrängen oder am Protest zu hindern. Zugleich üben AfD, Pegida und Co. selbst Druck aus, werden die Konservativen in CDU und CSU von Rechts „angeschoben“.

Es ist sehr erfreulich, dass so viele Menschen in unserem Land die Flüchtenden willkommen heißen, sich als Helfer zur Verfügung stellen. Es ist erfreulich, dass derzeit so viele im Land gegen AfD, Pegida und Co. auf die Straße gehen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten meinen aber:

Es geht nicht nur um die Frage der „Willkommenskultur“, der unmittelbaren Hilfe oder des Widerstandes gegen Rassisten. Es geht um weitaus mehr: Sich nicht spalten zu lassen in Hiesige und hinzu-

kommende Flüchtlinge. Es geht darum, heute gemeinsam und solidarisch soziale und demokratische Rechte zu verteidigen. Es geht um Arbeit und Ausbildung für alle zu guter Bezahlung – Mittel dazu sind die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein Mindestlohn ohne Ausnahmen, der seinen Namen verdient. Es geht um bezahlbaren und guten Wohnraum für alle – ein Mittel dazu ist die Enteignung leer stehenden und zweckentfremdeten Wohnraums. Es geht um eine kostenlose gesundheitliche Grundversorgung. Das Geld ist vorhanden. Die Kriegs- und Fluchtverursacher müssen zahlen – ein Mittel dazu ist die Millionärssteuer.

Es gilt deutlich zu machen, dass es auch um den gemeinsamen Kampf gegen Kriegsvorbereitung und Krieg, zugleich gegen die Allmacht der Konzerne und ihrer politischen Vertreter geht – also in der Perspektive um eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse, um eine andere, eine sozialistische Gesellschaft.

Beschluss zum 19. UZ-Pressfest

Die DKP organisiert das 19. UZ-Pressfest im Juli 2016 im Revierpark Wischlingen in Dortmund als Fest des Friedens und der Solidarität. Als Mitwirkende werden neben internationalen Gästen und Schwesterorganisationen erneut Bündnispartner und Aktive unter anderem aus der Gewerkschafts- und sozialen Bewegung sowie aus der antifaschistischen und Friedensbewegung eingeladen. Gemeinsam mit der SDAJ organisieren wir einen attraktiven Jugendbereich und ein Programm, das auch Jugendliche anspricht.

Bundestagswahlen 2017

Die DKP orientiert für die Bundestagswahlen 2017 auf eine Bündniskandidatur, die inhaltlich unter dem Motto "Gegen Krieg und Faschismus" steht. Allerdings verbieten die bundesdeutschen Gesetze eine tatsächliche Bündniskandidatur. Die Aufstellung von Landeslisten ist ausschließlich Parteien erlaubt. Mitglieder anderer Parteien dürfen darauf nicht kandidieren. Als Folge dieser undemokratischen Einschränkungen bleibt der DKP nur die Aufstellung einer offenen Liste der DKP. Dazu laden wir alle parteilich nicht gebundenen Kräfte der Bewegungen für Frieden und Antifaschismus, aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und weiteren fortschrittlichen Initiativen ein. Kräfte des Friedens und des Antifaschismus, die in anderen Parteien gebunden sind laden wir zu einer Debatte darüber ein, wie die Bundestagswahlen 2017 zu einem Beitrag zur Stärkung der Friedens- und antifaschistischen Bewegung gemacht werden können.

Kommt eine offene Liste der DKP nicht zustande, kämpft die DKP um einen flächendeckenden Wahlantritt mit Landeslisten.

Dieser Beschluss wird zu einem geeigneten Zeitpunkt vor den Bundestagswahlen ausgehend von der Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen und den Entwicklungen in der Partei Die Linke noch einmal überprüft.

(angenommen bei 28 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen)

Begründung:

Politische Perspektive und Ausgangspunkte

* Es ist davon auszugehen, dass weltweit die Situation hinsichtlich der Frage Krieg und Frieden weiterhin zugespitzt bleibt, eher ist von weiterer Verschärfung auszugehen. Auch öko-

nomisch ist nicht von einer Beendigung der krisenhaften Entwicklung auszugehen, die sich in den Zentren zwar unterschiedlich darstellt. Neue Krisenmomente durch neue spekulative Blasen deuten sich an.

* Mit der Eskalation der Ukraine-Krise wurde die Kriegsgefahr in Europa als Ergebnis der Umzingelungspolitik Russlands billigend in Kauf genommen. Zwar zeigten sich Unterschiede zwischen der Politik des US-Imperialismus und der EU (unter Führung Deutschlands und Frankreichs) und Unterschiede zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen in Deutschland, trotzdem war es vor allem auch der deutschen Politik und darin der Politik des SPD-Außenministers geschuldet, dass es möglich war offene Faschisten in die Regierungsgewalt der Ukraine einzubeziehen.

* Es ist ebenfalls nicht davon auszugehen, dass bis zur Bundestagswahl die krisenhafte Entwicklung in der EU überwunden sein wird. Möglicherweise wird der "Sonderweg" des deutschen Imperialismus zu einem Ende kommen und die Krisenauswirkungen werden auch in Deutschland umfassender treffen.

* Im Entwurf des Leitantrags an den 21. Parteitag gehen wir davon aus, dass der deutsche Imperialismus aggressiver nach innen und außen wird.

* Die Aggressivität nach außen kommt insbesondere in der NATO-Osterweiterung, den Bundeswehreinmärschen im Ausland, den Rüstungsexporten, den Überlegungen zur Militarisierung der EU zum Ausdruck.

* Die Aggressivität nach innen macht sich an Militarisierung, Nationalismus, Demokratieabbau und steigender Repression gegen fortschrittliche Kräfte fest.

* Die Situation der Gegenkräfte ist kompliziert: Die Arbeiterbewegung ist darauf nicht vorbereitet, die Standortlogik weit verbreitet. Auch innerhalb der Arbeiterklasse gibt es weit verbreitet nationalistische Tendenzen. Die Friedensbewegung ist nicht ausreichend mobilisierungsfähig und derzeit teilweise von inneren Konflikten gelähmt. Rechte Kräfte bis hin zu offenen faschistischen Kräften versuchen die Friedensfrage zu besetzen bzw. Desorientierung in die Friedensbewegung zu tragen. Antifaschistische Kräfte orientieren stark auf Gegenaktivitäten zu faschistischen Aktionen, verbinden den antifaschistischen Kampf aber zu wenig mit dem Kampf gegen die soziale Demagogie der Faschisten.

* Insgesamt haben die Linkskräfte, die Kräfte des Fortschritts in Deutschland die Hegemonie in der sozialen Frage teilweise verloren.

* Mit der AfD hat sich eine Kraft gebildet, die eine Scharnierfunktion zwischen offenen rassistischen, zu Faschisten offenen Kräften und der bürgerlichen "Mitte" bildet. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik setzen Vertreter des Großkapitals offen und öffentlich auf eine solche Kraft.

* Mit Pegida gelang es rassistischen, zu Faschisten offenen Kräften, Ansätze einer Massenbewegung zu initiieren.

* Bezüglich der parlamentarischen Kräfte in Deutschland lässt sich sagen, dass SPD und Grüne offen die aggressive Politik des deutschen Imperialismus (nach außen und innen) mittragen bzw. sie teilweise befördern. Dazu wird gerne "Menschrechtsimperialismus" benutzt. Die einzige Partei, die sich dem im Bundestag noch wesentlich entgegenstellt ist die PdL.

* Die Politik der PdL ist ambivalent. Allerdings ist derzeit noch die Ablehnung offener aggressiver Militäreinsätze der Bundeswehr Konsens. Kräfte außerhalb der Linken werfen ihr das als eine Regierungsbeteiligung verhindernd vor. Kräfte innerhalb der Linken greifen das auf. Alarmsignale sind: Das Abstimmungsverhalten zur Beteiligung am Militäreinsatz zur Vernich-

tung syrischer Chemiewaffen, die Zustimmung zum Griechenland-Beschluss, die Zustimmung zur grünen Initiative "Ruanda und die deutsche Verantwortung".

* Es ist davon auszugehen, dass die herrschende Klasse ein Interesse daran hat, dass auch die PdL in ihrem Sinne "regierungsfähig" wird um perspektivisch auch über die Einbindung der PdL den Widerstand gegen Kriegspolitik nach außen und Abbau sozialer und demokratischer Kräfte nach innen kleinhalten zu können.

Kriterien für die Form eines Wahlantritts

- Was dient der Stärkung fortschrittlicher außerparlamentarischer Bewegung (dazu kann natürlich auch gehören außerparlamentarischer Bewegung einen parlamentarische Arm zu verschaffen)
- Was dient der Zusammenführung außerparlamentarischer Bewegung und fortschrittlicher Kräfte
- Was dient der Verbreitung von (sozialistischem) Klassenbewußtsein
- Was dient der Stärkung der DKP

Wie diese Faktoren untereinander gewichtet werden, ist politisch zu entscheiden.

Zeitplan:

- Juni 2015: PV beschließt Entwurf eines Antrags an den 21. Parteitag
- 2. Halbjahr 2015: Erste Gespräche mit Bündnispartnern
- November 2015: 21. Parteitag – Beschlussfassung
- Frühjahr 2016: Entscheidung der Kandidaturform im Parteivorstand

Herbst 2017: Bundestagswahlen

Pariser Klimagipfel: Die Umwelt- und Klimakatastrophe stoppen

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) warnt vor einem Scheitern des bevorstehenden Weltklimagipfels (vom 30.11.-11.12) in Paris. Ob von den 196 UNO-Mitgliedsstaaten ein neuer wirksamer Klimavertrag unterzeichnet wird, der für sämtliche Staaten verbindlich ist, bleibt völlig offen.

Der seit 1950 messbare Klimawandel wird zwar mittlerweile als großes, „anthropogenes“, d. h. von Menschen gemachtes Problem erkannt, dennoch gelingt es bisher nicht, diesen einzudämmen oder gar zu stoppen. Mitverantwortlich dafür ist, dass nicht ausreichend erkannt oder bewusst verschleiert wird, dass dieses „Menschheitsthema“ aber vor allem ein mit der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise verbundenes Problem ist.

Wie die UN-Klimaverhandlungen zeigen, versuchen alle kapitalistischen Länder – allen voran die imperialistischen Staaten – ihre ursächliche Verantwortung herunterzuspielen und die zu erwartenden volkswirtschaftlichen Kosten so gering wie möglich zu halten. Diese internationale Konkurrenzsituation lähmt die Klimadiplomatie zusätzlich und verhindert einen konsequenteren Klimaschutz.

Die hochentwickelten kapitalistischen Staaten sind es, die bis heute fossile Energie (Kohle, Erdöl und -gas) zur Profitmaximierung in nur wenigen Menschengenerationen freisetzen, für deren Erzeugung mittels Sonnenenergie und Photosynthese unser Planet ca. 450 Millionen Jahre benötigte. Wie die UN-Klimaverhandlungen zeigen, versuchen aber gerade diese kapitalistischen Länder ihre Verantwortung herunter zu spielen.

Was dies letztendlich für die jetzigen Lebensformen bedeutet ist nicht absehbar. Klar ist jedoch, dass das 2010 in Cancun verabschiedete Ziel, die durchschnittliche Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, nicht oder kaum mehr zu erreichen ist.

Die Umweltkatastrophe verschärft sich weiter. Das beweisen die neuesten verheerenden Prognosen über die völlig entgleisenden Folgen des Klimaphänomens „El Nino“. In den kommenden Jahren werden riesige Dürrekatastrophen und zugleich bisher kaum gesehene Überschwemmungen und Monstertornados zur Regel. („Der Spiegel“ vom 7.11.15)

Die diesen Prognosen zugrunde liegenden Daten belegen, dass in den maßgeblichen Messregionen von "El Nino 3.4" der durchschnittliche Temperaturanstieg bereits bei 2,4 Grad liegt. In einigen Regionen beträgt der Temperaturanstieg sogar bis zu 6 Grad.

Die Erwärmung der für die klimaprägenden Wolkenbildungen entscheidenden Tiefen des größten Ozeans der Welt hat dort zu einer Art Hitzestau geführt, der die Windsysteme über dem Pazifik völlig durcheinanderbringt. Mit gewaltigen Folgen für Südostasien, Teile Nord- und Südamerikas, für Afrika und Australien.

Heimische Fischgründe werden zerstört, der Rhythmus der Regenzeit verändert sich und Wüstengebiete breiten sich weiter aus. Die von Kleinbauern organisierte, für die Versorgung der dörflichen Regionen und die Selbstversorgung noch immer bedeutsamen Agrarstrukturen werden schwerst geschädigt, Landflucht, Verslumung, Hunger und neue Flüchtlingsströme sind die Folge.

Diese offenbar nicht mehr zu stoppenden dauerhaften Wetter- und Klimaveränderungen lassen aber die nördliche Hemisphäre und Europa nicht ungeschoren. Auch hier häufen sich die Wetterextreme. Auch hier zeigen sich die skrupellosen Umgangsweisen der Großkonzerne, der US-amerikanischen, europäischen und besonders der deutschen Monopolbourgeoisie mit klima- und umweltpolitischen Vereinbarungen und Notwendigkeiten.

Derzeit noch bedeutsamer sind die „Sekundärfolgen“ in Form von ihrer alten Lebensweise entwurzelten Flüchtlingen. Die monopolkapitalistischen Produktionseinheiten, die Herrschaft der Agrarmonopole, die Kriegs- und Rüstungsindustrie und die noch immer nicht auf umweltfreundlichere Produktionsformen umgestellte industrielle Großindustrie sorgen für einen ununterbrochenen Völkerstrom, der sich jetzt unaufhaltsam in die Zentren des Imperialismus ergießt.

Das Monopolkapital hat seit Jahrzehnten Ausplünderung und Umweltzerstörung produziert. Die „Ernte“ in Form einer neuen Völkerwanderung kann daher niemanden wirklich überraschen.

Besonders die aktuellen Beispiele in Deutschland zeigen: Um des Profites der Banken und Konzerne Willen, werden selbst die unzureichenden beschlossenen Vorgaben zum Schutz der Umwelt und des Klimas aufgeweicht und sabotiert; mit dem Ziel, sie entweder ganz abzuschaffen oder die Kosten der Allgemeinheit aufzubürden. Der jüngste Skandal um die kriminellen Manipulation von Abgaswerten bei VW oder die Diskussion über die Kosten des Atomausstiegs sind nur die sprichwörtliche Spitze des Eisberges.

Wovon lassen wir uns leiten?

Notwendig ist eine drastische sofortige Verminderung des Verbrauchs an fossiler Energie. Aber dies alleine ist unzureichend: größere Effizienz bei Produktionsabläufen- auch wenn diese systemimmanent und noch am leichtesten durchzusetzen wären- sind nötig. Sie dürfen jedoch nicht als Rationalisierungsmethoden zum Abbau von Arbeitsplätzen dienen.

Effektive demokratische Kontrolle über einen „ökologischen Umbau“ ist notwendig, wenn daraus nicht nur eine weitere Quelle von Profit werden soll.

In etlichen Bereichen sind die Märkte in Deutschland und den anderen kapitalistischen Industriestaaten auch übersättigt – bei gleichzeitiger Zunahme von Massenarmut, Hunger und Elend. Ressourcen werden verschwendet, Energie vergeudet, die Müllentsorgungsprobleme vermehrt sich.

Allgemeine Umweltgüter wie Luft, Wasser und Boden sind nicht nur der weiteren Verschmutzung/Vergiftung ausgesetzt, sondern auch bereits in die Prozesse der Profitmaximierung eingebunden.

Die weltweit an führender Stelle liegende deutsche Kriegs- und Rüstungsindustrie befeuert nicht nur die Rolle Deutschland als eines der wichtigsten Rüstungsexporteure. Sie zählt auch aus umweltpolitischer Sicht zu den größten Ressourcenvergeudern und Umweltzerstörern. Deshalb gehören auch antimilitaristischer Kampf und Umweltpolitik zusammen.

Die kapitalistischen Verursacher zur Rechenschaft ziehen

Die DKP geht in ihrer Umwelt- und Klimapolitik vom Verursacherprinzip aus. Der Kampf um Klima- und Umweltschutz ist deshalb ein Kampf gegen die imperialistische Besitz- und Herrschaftsweise, ein Kampf gegen Kapitalakkumulation und Profitmaximierung auf Kosten von Mensch und Natur. Auch

hier muss der Hauptstoß gegen das Monopolkapital geführt werden. Die Großkonzerne sind die Hauptadressaten unserer Umweltpolitik. Sie müssen vor allem im Fokus unserer Umweltpolitik stehen.

Daraus folgt aber auch, dass die großen imperialistischen, vom Monopolkapital beherrschten Staaten, insbesondere die USA, Deutschland, Frankreich Großbritannien etc. den sog. Schwellen- und Entwicklungsländer beim Kampf gegen die Folgen der Umweltkatastrophen- und des Klimawandels bedingungslos helfen müssen.

Das alles ist nötig und möglich. Wir stehen umweltpolitisch nicht am Nullpunkt.

Derzeitig wird aber in unserer Partei der durchaus vorhandene Erfahrungs- und Wissensschatz zu ökologischen Themen zu wenig genutzt.

Die DKP wird ihre Arbeit an der Entwicklung ihrer bisherigen Ansätze für Umwelt- und Klimapolitik verstärkt fortsetzen, ihre kurz- und längerfristige Forderungen weiterentwickeln und aktuelle Forderungsprogramme aufstellen müssen.

Auch für die Weiterentwicklung und Vertiefung der antimonopolistischen Strategie der DKP ist es dringend notwendig, eine aktualisierte umweltpolitische Konzeption zu erarbeiten. Dazu gehört aktuell besonders die Entwicklung innerparteilicher Kompetenzen, um die Einschätzung zu Klima- und Umweltschutz zu qualifizieren und stärker eigene Positionen zu entwickeln.

Die DKP wird aber auch in ihrer Umweltpolitik keine Nabelschau betreiben dürfen. Bestehende Initiativen und Bewegungen wird sie deshalb aktiv nach ihren Kräften unterstützen.

Sie wird dabei dafür eintreten, dass Umwelt- und Arbeiterbewegung noch enger miteinander kooperieren. Sie wird dafür wirken, dass dabei schon bestehenden Einsichten über den unlösbaren Zusammenhang zwischen Umweltpolitik und Systemkritik unterstützt und um die Erkenntnis vertieft werden, dass langfristig nur ein Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu dauerhaft wirksamen Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz führen wird.

Der Kampf um Klima- und Umweltschutz ist letztlich der Kampf gegen die imperialistische Herrschaftsweise, der Kampf gegen Kapitalakkumulation und Profitmaximierung. Die Macht der Banken und Konzerne muss auch im Interesse von „Mutter Natur“ gebrochen werden.

Vier-Euro-Marke

Die Beitragsordnung der DKP wird unter „1. Beiträge der Mitglieder“ ergänzt um die Zeile: bis 500 Euro Beitrag mindestens 4,00 Euro

Es heißt dann in der Beitragsordnung der DKP:

1. Beiträge der Mitglieder sind auf der Grundlage des Bruttoeinkommens wie folgt zu entrichten:

Monatliches Bruttoeinkommen:

bis 400,- Euro mindestens 2,- Euro
bis 500,- Euro mindestens 4,- Euro
bis 600,- Euro mindestens 6,- Euro
bis 800,- Euro mindestens 8,- Euro
bis 1000,- Euro mindestens 10,- Euro
bis 1200,- Euro mindestens 13,- Euro
bis 1500,- Euro mindestens 16,- Euro
bis 1800,- Euro mindestens 20,- Euro
bis 2300,- Euro mindestens 25,- Euro
bis 2500,- Euro mindestens 30,- Euro
bis 3000,- Euro mindestens 40,- Euro
bis 3500,- Euro mindestens 50,- Euro
bis 4000,- Euro mindestens 60,- Euro
bis 5000,- Euro mindestens 75,- Euro
über 5000,- Euro mindestens 100,- Euro